Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 6 M. Durch die Post monatl. 6 M. ohne Zustellungsgebühr. Verlag u. Geschäftsstelle: Harz 42-44, Fernruf 1047. Geöffnet 7–5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045, Sprechzeit 12–1 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 60 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 250 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textsteinteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Krod, Halle

Einzelpreis 30 Pf. | **Halle, Montag, den 12. September.** | **1. Jahrgang · Nr. 213**

Triumph der Reaktion! — Vor der Beseitigung des Achtstundentags!

Ausdehnung des bayrischen Belagerungszustandes übers Reich. — Kahr tritt zurück und mobilisiert zur Generaloffensive. — Die 56-stündige Arbeitswoche für Erwachsene, die 54-stündige für Jugendliche. — Willkürliche Verlängerung der Arbeitszeit auf Verordnungswege vorgesehen.

In München ist die Entscheidung über die „demokratische Republik" gefallen. Die Reaktion diktiert der Regierung ihre Bedingungen. Kahr ist zurückgetreten und mobilisiert zur Offensive. — Das ist die Situation zur Stunde in Deutschland!

Der ständige Ausschuß des bayrischen Landtags hat unter Stimmenthaltung der sozialistischen Linken eine Entschließung angenommen, laut der die bayrische Regierung sich bereit erklären soll, den Ausnahmezustand in Bayern aufzuheben, wenn die Wirth-Regierung der Verordnung über den Reichsausnahmezustand vom 29. August eine Fassung gibt, die die ausschlaggebende Entscheidung über Zeitungs- und Versammlungsverbote, Beschlagnahmungen usw. den Landesregierungen und der Weißen Justiz in die Hände legt. Der Reichsregierung soll es gnädigst gestattet sein, den Reichsratsausschuß anzurufen, wenn die Landesbehörde glaubt, ihrem Ersuchen nicht entsprechen zu können.

Wenn die Regierung Wirth-Gradnauer diese Bedingungen annimmt — und darüber kann nach all dem, was über die Verhandlungen zwischen ihr und den Vertretern der bayrischen Regierung und den Koalitionsparteien bekannt geworden ist — gar kein Zweifel bestehen, dann bedeutet das die Ausdehnung der bayrischen Zustände auf das ganze Reich. Die reaktionären Landesregierungen und ihre Organe werden die Verordnung des Reichspräsidenten Ebert ausschließlich nach links anwenden. Die Konterrevolutionäre in der Verwaltung, in der Polizei, der Sipo und der Reichswehr bleiben. Sie werden die Verordnung vom 29. August weiter als Fallbeil für die kommunistische Presse benutzen, und sie werden alle Versammlungen, in denen gegen das Treiben der Reaktion demonstriert wird, oder in denen auch nur die Arbeiter gegen der Steuerraubzug und die Hungeroffensive der kapitalistischen Ausbeuter Stellung nehmen, wie in Bayern mit der Begründung verbieten, „die Ruhe und Ordnung werde durch sie gefährdet"!

Trotz alledem geht diese Knebelung der Arbeiter und Schaffenden Kahr und seiner konterrevolutionären Fronde von der Deutschnationalen Volkspartei und der Bayrischen Volkspartei nicht weit genug. Sie wollen den spezifisch bayrischen Belagerungszustand aufheben, wenn es ihnen paßt, sie wollen die unverhüllte nackte Herrschaft der Konterrevolution. Kahr, der dieser Tage mit dem Kronprinzen Rupprecht konferiert hatte, ist mit seinem Minister der Weißen Justiz zurückgetreten. Sie wollen die Konterrevolution zur Generaloffensive mobilisieren, mit der die reaktionäre Presse Bayerns die Tage her schon gedroht hat für den Fall, daß die Regierung Kahr zum Rücktritt gezwungen wird. Kahr kann sich das leisten. Er weiß, daß unzählige bewaffnete Studenten und ehemalige Offiziere darauf warten, Blutbäder in den Straßen Münchens unter den Arbeitern anzurichten. Er weiß auch, daß nicht allein in Bayern, sondern auch im ganzen Reiche die Konterrevolution mit ihren organisierten Mörderbanden auf das Signal zum Losschlagen lauern. Die schwächliche Haltung und Nachgiebigkeit des Reichskabinetts ist ihm ein Freibrief für den monarchistischen Hochverrat!

Doch auch ohne die besondere Initiative Kahrs sieht die Konterrevolution die Stunde zur Generaloffensive gekommen. Sie hat aus dem Blute Erzbergers, wie vorher schon aus dem Blute ihrer Opfer von Liebknecht und Rosa Luxemburg bis zu Gareis neue Kraft und Macht geschöpft. Durch Verhängung des Reichsausnahmezustandes vom 29. August ist die Arbeiterschaft völlig in Ketten geschlagen, die Macht der Organe der Konterrevolution im staatlichen Machtapparat soweit gestärkt, daß die Aktionskraft der organisierten Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft gelähmt werden kann. Und schon hält man die Stunde für gekommen, einen Vorstoß zur Abschaffung des Achtstundentags zu unternehmen, um die Vorbedingungen zur Abwälzung aller Wiedergutmachungslasten auf die Arbeitenden durch erhöhte Ausbeutung zu schaffen. Der Hamburger Ortsausschuß des ADGB. ist in den Besitz eines **„Gesetzentwurfes über die Arbeitszeit der gewerblichen Arbeitnehmer"** gelangt, der vom Reich den Einzelstaaten zur Stellungnahme übermittelt worden ist. Das Mitteilungsblatt des Hamburger Ortsausschusses hebt selber als wichtigste Punkte dieses Entwurfes hervor: Die Heimarbeiter, das Krankenpflegepersonal, Hausangestellte, die in der Verwaltung der Eisenbahn, Kleinbahnen, Straßenbahnen, Wasserstraßen sowie anderer dem allgemeinen Verkehr dienenden Verkehrsmitteln, die in der Fischer-, See- und Binnenschiffahrt beschäftigten Personen werden von vornherein von der Verordnung ausgenommen. Offenbar soll ihre Arbeitszeit noch schlechter gestaltet werden, als ohnehin schon in dem Gesetzentwurf.

Die Arbeitszeit soll ausschließlich der Pausen, zu deren Festsetzung in Zukunft nicht mehr das Einvernehmen, sondern nur noch die „Mitwirkung" der Arbeitnehmer erforderlich ist, in der Regel nicht mehr als acht Stunden betragen. Doch ist den Unternehmern gestattet, die 48-Wochenstunden auch anders zu verteilen. Schon allein durch diese Bestimmungen ist der Achtstundentag völlig durchbrochen, doch es kommt besser.

Betriebe, in denen Arbeiten vorkommen, in deren Natur es liegt, daß sie auch Sonn- und Festtags nicht unterbrochen werden können und dadurch regelmäßige Tag- und Nachtschichten erfordern, soll gestattet sein, durchschnittlich 56 Stunden wöchentlich arbeiten zu lassen.

Bei „Konjunkturarbeiten" kann auf Antrag des Unternehmers an 60 Tagen des Jahres (bisher 20) und mit dem Einverständnis einer „höheren Verwaltungsbehörde" sogar noch darüber hinaus die Arbeitszeit verlängert werden. Doch den Gipfel der Frechheit: dem Reichsarbeitsminister soll das Recht eingeräumt werden, auf dem Verordnungswege die zulässige Arbeitszeit um täglich zwei Stunden zu verlängern. Das Hamburger Gewerkschaftskartell bemerkt selber hierzu: „Das ist praktisch die Einführung des 10-Stundentages."

Weiterhin enthält der Entwurf noch folgendes Bemerkenswerte: Für Jugendliche beträgt die wöchentliche Arbeitszeit einschließlich Fortbildungsschulzeit 54 Stunden. Eine Sonntagsruhe ist in dem Entwurf nicht vorgesehen. Schichtarbeit an Sonn- und Feiertagen wird in Zukunft gestattet, so daß diese Betriebe von vornherein eine 56stündige Arbeitswoche haben.

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Dieser Gesetzentwurf lebt noch in der Aera der Regierung Wirth-Gradnauer! Seht ihr nun, wozu der Reichsausnahmezustand dienen soll? Seht Ihr die Gefahren, die Euch drohen? Bereits vor dem Erlaß der Ausnahmeverordnung hatte der Staatskommissar für öffentliche Ordnung, Weißmann, anscheinend auf höherem Befehl, Vorschläge gemacht, eine Verordnung zu erlassen, die die linksradikale Presse und unter den kommunistischen Blättern hauptsächlich die „Rote Fahne" lahmlegen sollte. Am 27. August hat er den Vorschlag gemacht und am 29. August ist dieser reaktionären Weisung prompt die Ausführung gefolgt, deren stranguliernde Wirkung nach links sechs kommunistische Zeitungen zu spüren bekamen. Nach links sollte von allem Anfang an das Fallbeil wirken, das jetzt in München haarscharf geschliffen worden ist und jetzt — wenn auch notgedrungen vorübergehend das Verbot der kommunistischen Zeitungen aufgehoben ist — erst recht in Bewegung gesetzt werden wird. Ihr Arbeiter, Angestellte und Beamte, ob Ihr ein Mitgliedsbuch der SPD., USPD. oder KPD. in der Tasche habt, der Ausnahmezustand richtet sich gegen Euch! Ihr alle, ohne Unterschied der Partei, müßt Euch gegen die Versuche wehren, das Proletariat völlig zu Boden zu werfen, um es der unumschränkten Ausbeutung auszuliefern! In der geschlossenen Einheitsfront müßt Ihr den rücksichtslosen Kampf gegen die monarchistische Konterrevolution, gegen den Raubzug des Kapitals aufnehmen! Neben der Offensive der monarchistischen Reaktion läuft der Sturm auf den Achtstundentag, laufen der neue Steuerraubzug und der Preiswucher. Alles zusammengenommen geht es auf das Ziel, das alte monarchistische System wieder zu errichten, alle Kriegslasten durch Herabdrücken der Lebenslage, Knechtung und schärfste Ausbeutung der werktätigen Massen aufzubürden. In Betriebsversammlungen und Gewerkschaftsversammlungen muß überall, wo es noch nicht geschehen ist, schnell Stellung genommen werden zur Abwehr dieser großen Gefahren.

Die kampfbereite Einheitsfront muß marschieren — wenn es sein muß, auch über die Köpfe sich in den Weg stellender Führer hinweg — für die Forderungen:

Für höhere Löhne und eine auskömmliche Lebenshaltung.

Verkürzung der Arbeitszeit unter acht Stunden, damit auch die Arbeitslosen eingestellt werden können, unter Beibehaltung voller Löhne.

Zusammenfassung der schon vorhandenen Lohnbewegungen, um sie mit sicherem Erfolg führen zu können.

Freilassung aller Einkommen unter 24 000 Mark von jeder direkten und indirekten Steuer.

Schärfste Unterdrückung des politischen Mordes. Unschädlichmachung der Mörder und ihrer Helfershelfer.

Freilassung der wegen politischer Vergehen Eingekerkerten.

Reinigung der militärischen und Polizeiformationen von reaktionären Elementen. Schärfste Unterdrückung aller irregulären Formationen.

Entfernung der reaktionären Beamten aus den Verwaltungsstellen.

Gründliche Säuberung der Justiz von Monarchisten und arbeiterfeindlichen Richtern, Richterwahl durch das Volk!

Aufhebung des Verbots kommunistischer Zeitungen.

(WTB.) **Berlin, 11. September. Zwischen dem Reichsminister des Innern und Vertretern der Kommunistischen Partei hat heute eine Besprechung stattgefunden. Auf Grund der von der kommunistischen Reichstagsfraktion abgegebenen Erklärung hat der Reichsminister des Innern das Verbot über die Blätter in Frankfurt (Main), Kassel, Halle und Breslau aufgehoben.**

Dazu schreibt die „Rote Fahne": Am 9. September hat der Beschwerdeausschuß des Reichsrats das Verbot über sechs deutschnationale Blätter aufgehoben. Das Wiedererscheinen der „Wulle-Blätter mußte auf die Arbeiterschaft als eine unerhörte Herausforderung wirken. Die Regierung scheint eingesehen zu haben, daß es nach dieser Sachlage ganz unmöglich war, die kommunistischen Zeitungen weiterhin zu verbieten. Sie mußte zunächst zu einer Aufhebung der Verbote gelangen. Die in Frage kommenden kommunistischen Zeitungen waren dem Fallbeil der Ebert-Verordnung erlegen wegen „Gefährdung der Staatsautorität". Wie wir erfahren, bedeutet die Erklärung der kommunistischen Reichstagsfraktion, von der in der obigen Meldung die Rede ist, keinerlei Einschränkung des sachlichen Kampfes der kommunistischen Presse für die Grundsätze unserer Partei. Ganz abgesehen davon, daß die Reichstagsfraktion zu einer solchen Erklärung weder autorisiert, noch berechtigt ist, würde kein Kommunist jemals eine dahingehende Erklärung abgeben.

Die Kommunisten haben das größte Interesse daran, daß der Kampf gegen das kapitalistische System nicht abgelenkt wird auf einen Feldzug gegen bestimmte Personen. Wir haben bereits in früheren Auslassungen erklärt, daß wir der Regierung keine Gelegenheit geben werden, wegen „persönlicher Beschimpfungen" die kommunistische Presse zu verbieten.

Aus dem Bericht des Staatskommissars für öffentliche Ordnung, Weißmann, den dieser am 27. August auf Anforderung seiner vorgesetzten Behörde machte, geht klar hervor, daß die reaktionären Elemente in der Verwaltung nur darauf warten, unsere Zeitungen verbieten zu können. Die kommunistische Presse ist, wie keine andere, Zeitungsschikanei und Zeitungsverbote gewöhnt. Wir wissen, daß die Zuspitzung der Klassenkämpfe auch in der freiesten Demokratie der Welt das Verbot kommunistischer Zeitungen zu einer dauernden Regierungseinrichtung machen.

Die „Niedersächsische Arbeiterzeitung" verboten

Wie wir hören ist am Sonnabend die in Braunschweig erscheinende „Niedersächsische Arbeiterzeitung" vom Reichsminister des Innern wegen „Aufreizung zu Gewalttätigkeiten" verboten worden.

Ergebnisse der Thüringer Landtagswahl.

Gotha:

KPD.	USP.	SPD.	Dem.	Zentr.	D. Volkspartei	Dtn.	Bauernbund
5075	1283	1151	1051	270	5517	2215	224

Eisenach:

KPD.	USP.	SPD.	Dem.	Zentr.	D. Volkspartei	Dtn.	Bauernbund
1470	4261	2250	1845	261	3980	2056	36

Saalfeld:

KPD.	USP.	SPD.	Dem.	Zentr.	D. Volkspartei	Dtn.	Bauernbund
1153	309	2711	604	50	1999	297	250

Eisenberg:

KPD.	USP.	SPD.	Dem.	Ztr.	D. Volksp.	Dtn.	Bauernbund
1037	116	2081	430	12	446	342	42

Kahla:

KPD.	USP.	SPD.	Dem.	Ztr.	D. Volksp.	Dtn.	Bauernb.	Wirtsch. Vereinig.
366	80	1046	321	13	238	300	33	150

Ruhla:

KPD.	USP.	SPD.	Dem.	Zentr.	D. Volksp.	Dtn.
1733	709	61	81	7	785	8

Jena:

KPD.	USP.	SPD.	Dem.	Zentr.	D. Volkspartei	Dtn.	Bauernbund
2988	867	7281	3096	240	5597	1766	58

Gegen links.

Was wir Kommunisten voraussagten, daß die Verordnung des Reichspräsidenten und die Maßnahmen, die angeblich gegen die Reaktion getroffen werden, sich gegen die Arbeiterschaft richten werden, das müssen nun auch viele unabhängige Blätter zugeben. Die „Magdeburger Volkszeitung" schreibt:

„Der Berliner Polizeipräsident warnt vor Störungen von Versammlungen und macht darauf aufmerksam, daß dieses Treiben unnachsichtliche Bestrafung wegen Landfriedensbruches nach sich ziehen wird. Wir verurteilen ebenfalls aufs schärfste solche Störungen, haben aber noch nie etwas davon gehört, daß deutschnationale Rüpel, die schon verschiedene Versammlungen störten, dafür zur Verantwortung gezogen wurden. Soll sich also diese Warnung ausschließlich gegen die Arbeiterschaft richten?"

Wir glauben, daß die unabhängige Zeitung sich selbst die Frage mit „Ja" beantworten kann.

Scheidemanns Residenz als Hochburg der Reaktion.

Wir berichteten vor ein paar Wochen über das provokatorische Auftreten bayrischer Truppen in Meiningen und Rothenburg. Inzwischen setzten die Konterrevolutionäre ihre Manöverübungen für den künftigen Bürgerkrieg eifrig fort. Unter dem Deckmantel von Reit- und Fahrprüfungen des „Kurhessischen Reit- und Fahrvereins" (lies: Orgesch!) exerzierten auf dem Festplatze in Kassel unter wehenden schwarzweißroten Fahnen, wie in Wilhelms glorreichen Zeiten, Maschinengewehrgespanne, Reichswehr mit Stahlhelmen, Artillerie, eine Batterie Artillerieregiment Nr. 5, Fritzlar. Der gesamte Damm war durch Schutzpolizei abgesperrt; Arbeiter, die sich in die Nähe vorwagten, wurden zur nächsten Wache geschleppt, um ihnen wilhelminische Sitten beizubringen.

Nehmlich geht es in Hannoversch-Münden, wo die Studierenden der Forstakademie, eine Art Selbstschutz, die Arbeiter ständig provozieren. Bei allen Schlägereien, zu denen es infolgedessen häufig kommt, tritt natürlich die Polizei auf seiten der Bourgeoissöhnchen, mögen auf der anderen Seite auch nur SPD.-Arbeiter sein. Jetzt ist in diesem schwarzen Wetterwinkel ein „jungdeutscher Orden" gegründet worden, der das Deutschtum von „undeutscher Art, Knechtung, vaterlandsloser Gesinnung befreien will. Wie sehen diese Jünglinge aus? 17- bis 18jährige Bengels, schwer bewaffnet, mit gelbweißen Binden um dem Arm mit den Buchstaben O. S. (Oberschlesische Orgesch) verziert mit Hakenkreuzen, fortgelaufene abenteuernde Studentenjünglinge, mit Revolver am Koppel. Das ist die Schutzgarde der deutschen Republik und ihres

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019210912-12/fragment/page=0001

Schutzheiligen, des Kasseler Oberbürgermeisters Philipp Scheidemann. Zur höheren Ehre der Redaktion ist unser Kasseler Bruderblatt verboten worden. Wir wünschen den SPD.-Arbeitern viel Glück zu diesen Errungenschaften.

So sehen die Würdenträger der Sozialdemokraten aus.

Wie verbürgerlicht die hohen Herren der Mehrheitler sind, das zeigt sich wieder mal an zwei kleinen Beispielen aus der Praxis.

Da ist in Düsseldorf ein Herr Regierungspräsident, und der ist Mehrheitler. Er hat bei der Anstellung der Bürgermeister seines Kreises eine wichtige Rolle zu spielen, und da es leider gerade in diesem Kreise viele sehr stark sozialistische und kommunistische Gemeindemehrheiten gibt, so ist es natürlich schwer, dort einen geeigneten Bürgermeister hinzusetzen. Jetzt hat aber der Regierungspräsident für die Stadt Wald einen gefunden, der allen Anforderungen entspricht, und der Regierungspräsident empfiehlt ihn der arbeitenden Bevölkerung u. a. auch damit, daß er ausdrücklich in einem Schreiben vermerkt, der **Bewerber sei besonders geeignet dadurch, daß er früher im Kriege Batterieführer gewesen und, hört Ihr, Arbeiter, Ritter des Eisernen Kreuzes 1. Klasse ist.** Wenn das keine Empfehlung ist für die Arbeiter, dann weiß man wirklich nicht, wie man einen besseren Empfehlungsbrief bekommen kann. Natürlich wäre es nicht erstaunlich, wenn es sich um einen deutschnationalen Regierungspräsidenten handelte, der so einen Bürgermeister zu empfehlen glaubt. Die Höhe aber ist es, wenn solche Leute sich Mehrheitssozialdemokraten nennen.

Ein anderes Bild:

In Wiesdorf beabsichtigten unsere Genossen, ein von der KPD. herausgegebenes Plakat, welches die neuen Steuern als eine restlose Ausplünderung des Proletariats bezeichnet, auszuhängen und suchten zu diesem Zwecke die Genehmigung der Polizeiverwaltung nach. Die Genehmigung wurde, unterschrieben von dem rechtssozialistischen Beigeordneten Wagner, versagt. W. übertrifft hier in seiner Diensteifrigkeit sogar die reaktionären Polizeiverwaltungen der benachbarten Großstädte, wo man diese Plakate von öffentlichen Plakatinstituten angeklebt hat und in allen Fällen die Polizeiverwaltung dieses genehmigte.

Ergebnisse des Russenhilfstages am 4. September.

Von den 20 Verwaltungsbezirken der Kommunistischen Partei Groß-Berlins konnte der 6. Bezirk als vorläufiges Ergebnis seiner Sammeltätigkeit 23 000 Mk. in bar abrechnen. Aehnliche günstige Berichte erhalten wir aus den anderen Bezirken.

Sammelt unermüdlich weiter. Unsere russischen Brüder bedürfen dringend der Hilfe.

*

Brüderliche Hilfe. Die Arbeiter der Zeche Diergardt, Duisburg-Neuenkamp, Schacht 3, veranstalteten eine Sammlung zugunsten der hungernden Brüder in Sowjet-Rußland. Die Sammlung ergab den Betrag von 4053 Mk., welcher sofort dem Zentral-Komitee in Berlin überwiesen wurde. Wir empfehlen allen Arbeitern und Angestellten, dieses Beispiel echt brüderlicher Solidarität nachzuahmen.

*

Rührende Hilfsbereitschaft. Einige kommunistische Genossen, die seit Monaten auf der Festung Niederschönefeld in Bayern der Freiheit beraubt sind, lieferten an das Komitee Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland 86 Mk. ab. Hut ab vor den treuen Kämpfern, die auch in schwerster Zeit, unter größter Entbehrung, ihre Opferwilligkeit für die Sache des Proletariats beweisen.

Der Märzkampf vor dem Untersuchungsausschuß.

Berlin, 10. September.

Der Schwindel über die Bewaffnung der Arbeiter erledigt.

Die Vernehmung des Reichsentwaffnungskommissars Peters brachte den bündigen Beweis, daß das Geschrei der reaktionären Kreise über das Vorhandensein großer Mengen von Waffen in der Arbeiterschaft, namentlich der von Mitteldeutschland, elender Schwindel ist. Insbesondere lassen die Ausführungen dieses Sachverständigen den Schluß zu, daß weder vor dem Märzkampf noch nach ihm diejenigen Bestände an Waffen vorhanden gewesen sind, von denen die Spitzelberichte und Preßlügen zu melden wußten, um dem Spießer das Gruseln beizubringen und die Severing und Hörsing zu veranlassen, die Machtmittel des Staates auf die Kommunisten zu hetzen. Die phantastischen Angaben und Schätzungen des deutschnationalen Merseburger Regierungspräsidenten im Untersuchungsausschuß vor allen Dingen erwiesen sich als das, für was sie jeder objektiv denkende Mensch ohne weiteres halten mußte: Märchen! Die Tatsachenangaben des Entwaffnungskommissars widerlegten auch die Redensarten von den „großen Waffenlägern", die heute noch in den Mansfelder Schächten verborgen sein sollen. So oft, sagte er, auf eingelaufene Denunziationen von den Behörden auch Nachforschungen angestellt worden seien,

niemals wäre auch nur eine Flinte in einem Schacht tatsächlich gefunden worden!

Dr. Peters sagte, die Mansfelder Schächte, insbesondere die alten, verlassenen, wären vollkommen ungeeignet zur Waffenaufbewahrung, da ihre Stollen meist eingestürzt und sie sehr naß seien, Feuchtigkeit aber zerstöre Schußwaffen sehr schnell. Diese Ansicht hätten auch die sachverständigen Bergräte in einer Zusammenkunft geäußert. Ebenso unrichtig sei nach seinem Dafürhalten die Angabe, daß die Bergleute in den befahrenen Schächten Waffen versteckt hielten. Die Belegschaften beständen doch nicht nur aus Kommunisten und der Transport von größeren Mengen Waffen auf der Förderschale könne unmöglich verborgen bleiben. Dr. Peters sagte ferner, nach seiner Ueberzeugung seien auch in den Naturhöhlen Mitteldeutschlands größere Waffenläger nicht vorhanden.

In der Provinz Sachsen wurden auf Grund der Entwaffnungsaktion

bisher abgeliefert:

22 Geschütze, 554 Maschinengewehre, 56 032 Gewehre und Karabiner, 124 Maschinenpistolen, 5247 Revolver, 5086 Handgranaten und über 1½ Million Schuß Infanteriemunition. Die von einem andern Zeugen aufgestellte Behauptung, von Rechts seien alle Waffen, von Links nur wenige abgeliefert worden, halte er nicht für richtig. Die ausgesetzten hohen Belohnungen — für ein Maschinengewehr 5000 Mk. —, sowie die angedrohten Strafen wirkten auch auf die Arbeiter. Bei der wirtschaftlichen Not würde von manch einem gern ein Gewehr gegen einen Hundertmarkschein eingetauscht. **Vielfach sei ihm von Landleuten bestätigt worden, daß bei angedrohter Kontrolle von rechtsgerichteten Kreisen die versteckt gehaltenen Waffen in Nachbarorte und Nachbarbezirke verbracht würden.** Auf die wirkliche Zahl der tatsächlich noch in der Bevölkerung vorhandenen Waffen gestatte auch das Ergebnis der Durchsuchungen einen Rückschluß. Im Bezirk Merseburg habe er 17 Ortschaften 1920 durchsuchen lassen. Der Erfolg war sehr gering. Darauf habe er im Mai d. J. 40 ausgewählte Kriminalbeamte, als Zigarrenreisende, Agenten usw. verkleidet, nach Mitteldeutschland entsandt, die dort vier Wochen lang tätig gewesen wären. Sie seien außerordentlich geschickt vorgegangen; ihr Auftrag und ihre Absicht wäre in keinem Falle unter der Bevölkerung bekannt geworden und doch hätten sie Waffen nicht gefunden! (Und der Merseburger Regierungspräsident schätzt die Zahl der in unserem Bezirk jetzt noch in Händen der Arbeiter befindlichen Gewehre auf 20 000 bis 30 000!)

Auf die Frage: Was halten Sie von den Behauptungen über das Bestehen einer Roten Armee? antwortete Dr. Peters, es sei notwendig, sich auf die politischen Tatsachen einzustellen. So lange es Kommunisten gäbe, würden sie Propaganda der Tat betreiben. Man müsse sich aber freimachen von der Ansicht, daß das etwas Schreckliches wäre.

Der Kommunismus wird schließlich einmal vom Papier in die Tat umgesetzt werden.

Aber wenn von seinen Vertretern Pläne ausgearbeitet worden seien, so wäre das noch lange keine Rote Armee. Vorbereitungen zu ihrer Bildung wären zweifellos vorhanden gewesen, aber es wäre schwer zu sagen, ob Mannschaften dahinter ständen. Der eine sagte Ja, der andere Nein. Aus Mitteldeutschland lägen ihm folgende Angaben vor: Es soll vorhanden sein eine Gruppe Merseburg mit 6800 Mann, 900 Gewehren und 10 Maschinengewehren; eine Gruppe Halle mit 4650 Mann, 800 Gewehren und 6 Maschinengewehren; eine Gruppe Mansfeld mit 3200 Mann, 275 Gewehren und 5 Maschinengewehren. Daß der Entwaffnungskommissar selbst nicht an die Richtigkeit dieser Spitzelkonstruktionen glaubt, bekundete er durch die Bemerkung,

am Biertisch würde gern renommiert!

Auch aus dem Verlauf des Aufstandes sei nicht auf den Bestand einer Roten Armee zu schließen gewesen, denn es seien nur kleine Trupps im Kampfe gewesen, und deren militärische Leistungen waren nicht viel wert.

Ueber den Punkt Behördenorganisationen befragt, erklärte Dr. Peters, es sei ein Fehler, daß wir viel zu viel Behörden hätten. Das Bestehen von Sonderbehörden aber sei geradezu ein Krebsschaden. Durch die Staatskommissariate für öffentliche Ordnung und Entwaffnung sei die ganze Polizei verlottert, weil die lokalen Behörden sich auf die zentralen Behörden mit den vielen Kräften und dem großen Geldsack verlassen.

Den Wert sogenannter „amtlicher Meldungen" über die kommunistische Bewegung charakterisierte der Zeuge treffend durch folgende Beispiele: Es wurde berichtet, eine Kompagnie von Kommunisten in russischer Uniform sei gefangengenommen worden. Kein Wort davon sei wahr gewesen. Durch ganz Sachsen sollten Lastautomobile mit Maschinengewehren bespickt gesaust sein, meldete man uns nach Berlin. Auch diese Nachricht blieb unbestätigt. Wiederholt hieß es, Artillerie- und Minenwerferfeuer würden auf seiten der Aufständischen verwendet, dabei wurde kein Schuß aus diesen Waffen abgegeben. Für solche Tatarennachrichten müsse man den Nervenverlust der Menschen verantwortlich machen. Folgender Fall sei gleichfalls charakteristisch: In einer größeren Fabrik drohte ein Streik. Der Betriebsrat verhandelte wegen Lohnerhöhung mit der Direktion, der Streik war aber noch nicht beschlossen. Da wurde schon

von den Militärbehörden angefragt, ob sie Reichswehr schicken sollten.

Das wurde natürlich lachend abgelehnt, aber die Panik unter den Bürgern in der betreffenden Stadt war so groß, daß die Damen sich beeilten, ihre Sparkassenbücher einzulösen.

Vom Leunawerk wurde berichtet, daß dort 500 Maschinengewehre und 20 000 Gewehre in der Hand der Besatzung seien. Das Werk wurde vor der Einnahme rund herum eingeschlossen, so daß kaum größere Mengen von Waffen abtransportiert sein können. Der tatsächliche Waffenfund war aber so gering, daß wir etwas erschüttert waren, weil nur drei oder vier Maschinengewehre und ein paar hundert Gewehre gefunden wurden. Wenn man die Angaben des Herrn v. Gersdorff über den Waffenbestand in Mitteldeutschland zugrunde legt, so müßte **jeder sechste Arbeiter noch ein Gewehr haben** und das halte er — Peters — für **ausgeschlossen.** Die angenommene Zahl auf die Provinz Sachsen umgelegt, ergebe 130 000 Gewehre, für Deutschland eine Million Gewehre.

Diese Schätzungen halte er für phantastisch.

Nach seiner Meinung wäre der illegale Waffenbestand in ganz Deutschland höchstens 12 000 bis 15 000 Gewehre.

Auf die Frage eines Abgeordneten erklärte der Entwaffnungskommissar noch, daß er das Angebot Hörsings durch Major Folte, Straffreiheit bei Waffenniederlegung zu gewähren, für ungesetzlich halte.

Der Oberregierungsrat Freysing, Leiter der Meldestelle beim Oberpräsidium Magdeburg, wird von den Rechtsparteilern mit Fragen bestürmt über seine Feststellungen, ob russisches Geld in die Provinz Sachsen gelangt ist, ob Russen den Aufstand vorbereitet und geleitet haben usw. Ihre Wünsche bleiben unbefriedigt, denn der Zeuge weiß, trotzdem er sozusagen an der Quelle sitzt, auch nichts Genaues. Man wäre einmal auf der Spur eines Mannes gewesen, den man für einen Russen gehalten habe und von dem man annahm, daß er russisches Geld bei sich führte; es sei vom Staatsanwalt auch ein Verfahren anhängig gemacht worden, aber bereits ergebnislos eingestellt worden. Der Zeuge widerlegte sogar die Angaben seines Herrn und Meisters Hörsing über die Zahl der Ausländer in der Provinz Sachsen, die dieser zu hoch angegeben hätte, und den Wert der Berge von Meldungen, die in seiner Dienststelle täglich einlaufen, wollte er scheinbar so kennzeichnen, wie es unser Blatt immer getan hat, indem er begann:

„Wenn wir allen Meldungen glauben wollen, die an uns kommen, dann —",

aber leider ließ ihn der Deutschnationale v. Dryander, der anscheinend die in Aussicht stehende Bloßstellung seiner denunzierenden und schwindelnden Parteifreunde verhindern wollte, nicht zu Ende reden, indem er rasch eine neue Frage stellte.

Die Verhandlungen wurden auf Dienstag vertagt.

Die Vereinigte Kommunistische Partei Belgiens.

B. K. In Belgien bestanden bisher zwei kommunistische Parteien. Die ältere von beiden, der Mitgliederzahl nach die kleinere, wurde vor zirka 1½ Jahren gegründet von Genossen, die vornehmlich in der „Jungen Garde" (Jugend) tätig gewesen und mit den „Arbeiterpartei"-Autoritäten in Konflikt geraten waren. Die jüngere Partei, der Mitgliederzahl nach die größere, entstand dieses Jahr im Mai, nachdem den Genossen als Minderheit in der Belgischen Arbeiterpartei durch Abwürgung der in ihren Händen befindlichen Zeitung der innere Halt der Opposition völlig genommen werden sollte. Die erstere der beiden Parteien war an die Kommunistische Internationale angeschlossen und legte bisher ihr Hauptgewicht darauf, in ihren eigenen Reihen prinzipielle Klarheit und Festigkeit schaffen. Dies bedeutete vorläufigen Verzicht auf große Anhängerschaft. Die geleistete Arbeit der Klärung der Geister wird sicher für die junge Vereinigte Kommunistische Partei von großem Wert sein. Die jüngere Partei bildete seit langem den Kern der Opposition in der Belgischen Arbeiterpartei und vereinigt in sich eine ganze Reihe von Funktionären der Gewerkschaften. Diese Genossen scharten sich um das Oppositionsorgan „L'Exploite", so daß diese Organisation bis heute in sehr engem organischen Zusammenhang mit den organisierten Arbeitern und Angestellten stand.

Durch die Vereinigung dieser beiden Gruppen ist die Grundlage für die Entwicklung einer revolutionären Massenpartei in Belgien gegeben, wenn es gelingt, die positive Seite der beiden sich verbindenden Elemente zur Auswirkung zu bringen. Dafür ist aber natürlich notwendig, einerseits die mitgebrachte Neigung zu enger Abkapselung und andererseits die noch vorhandenen zentristischen Anschauungen zu überwinden. — Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Belgien werden in der nächsten Zeit ihr Teil zu dieser Klärung beitragen. Der Verlauf des eben stattgefundenen Vereinigungskongresses berechtigt zu der Hoffnung, daß die jetzt Vereinigte Kommunistische Partei Belgiens die inneren Schwächen und damit auch die äußeren Schwierigkeiten überwinden wird.

Auf der Tagesordnung des Vereinigungs-Kongresses standen: Schaffung des Programms, der Statuten, der Organe der neuen Partei und die Beratungen über die Wahlen zur belgischen Kammer am 23. Oktober. Anwesend waren zirka 70 Delegierte, davon nur eine kleine Minderheit aus den flämischen Provinzen. An auswärtigen Vertretern waren erschienen: ein Vertreter der Exekutive der Kommunistischen Internationale mit dem besonderen Auftrage der Vorbereitung und Durchführung der Verschmelzung, ferner je ein Vertreter der holländischen und der deutschen Kommunistischen Partei. Letztere vertrat Genosse B. Koenen.

Bei den Beratungen über das Programm wurde über die Frage der parlamentarischen Aktion außerordentlich lebhaft debattiert. Die Anhänger der älteren Partei verfochten ihren bisherigen Standpunkt des Anti-Parlamentarismus. Sie gaben aber nach Annahme des Programms als Verschmelzungs- und Arbeitsbasis eine Erklärung ab, daß sie sich im Handeln gänzlich der internationalen Disziplin unterwerfen und tätigen Anteil nehmen werden bei den Parlamentswahlen. Sie wollen sich aber das Recht vorbehalten, in der Kommunistischen Internationale ihren Standpunkt nach wie vor zu verteidigen. Eine Erklärung ähnlicher Art wurde aus den Kreisen der Delegierten der jungen Partei zur Frage des Verhältnisses der Partei zu den Gewerkschaften abgegeben. Dieser Standpunkt wurde diktiert von dem Streben nach einer „reinen autonomen Gewerkschaftsbewegung".

Bei der Beratung der Statuten zeigte sich der partikularistische Charakter der Belgier sehr stark. Die Entwicklung des Volkes und die Tradition in der Belgischen Arbeiterpartei konnten aber kaum etwas anderes ergeben. Wenn aber auch der Zentralismus und der notwendige Kollektivwille in den Stauten nicht ganz zu ihrem Recht gekommen sind, so ist doch die Flut von Abänderungsanträgen aus allen Ortsgruppen bei der Diskussion ganz erheblich zusammengeschmolzen vor der zunehmenden Erkenntnis, daß nicht für jede Gruppe eine besondere Suppe gekocht werden kann. Die Statuten wurden schließlich einstimmig angenommen.

Beim 3. Punkt der Tagesordnung bot die Frage der finanziellen Verpflichtungen Anlaß zu ernstester Auseinandersetzungen. Ein Duell zwischen den Genossen Jaquemotte und Van Overstraaten brachte mit der Erregung der Versammlung auch die notwendige Klärung über tatsächliche Mißstände und Mißverständnisse. Offenherzigkeit und brutale Kritik an beiden Teilen vom Genossen Van Overstraaten schuf in dieser Krisis des Kongresses den einmütigen Beschluß (trotzdem momentan keine praktische Lösung der Finanzkalamität gefunden werden konnte) mit vereinten Kräften zu versuchen, gemeinsam Passiva und Aktiva ins Gleichgewicht zu bringen. Ferner wurde beschlossen, die Namen der bestehenden beiderseitigen Zeitungen verschwinden zu lassen und das französische Blatt „Le Drapeau Rouge" und das flämische „De rode Vahn" zu nennen.

Zu den Parlamentswahlen sollen alle vorhandenen, allerdings noch sehr schwachen, Kräfte mobilgemacht werden. Die Genossen, die noch auf dem Boden des Anti-Parlamentarismus stehen, erklärten, die Wahlarbeit selbstverständlich bestmöglichst leisten zu wollen, wehrten sich jedoch dagegen, daß man sie zwingen könne, eventuell ein Mandat anzunehmen. Es wurde beschlossen, daß nur bei hinreichenden politischen Gründen die Kandidatur abgelehnt werden darf, so daß also das Zentralkomitee von Fall zu Fall zu entscheiden hat.

So ist denn die im Verhältnis zu den anderen kommunistischen Parteien allerdings noch kleine Kommunistische Partei Belgiens geschaffen. Sie wird bei den Wahlen die erste allgemeine Bewegung zu machen haben. Das Wahlresultat wird noch keine großen Hoffnungen befriedigen können. Trotzdem lassen die ganzen Verhältnisse in Belgien eine ziemlich schnelle Entwicklung der jungen Kommunistischen Partei voraussehen, wenn größere Fehler von der Parteileitung vermieden werden.

Parteinachrichten.

Die Parteiorganisationen zum Parteitag.

Eine starkbesuchte Versammlung der Berliner Funktionäre der KPD. nahm am Montag zum Parteitag und der gegenwärtigen politischen Lage Stellung. Genosse Friesland referierte vom Parteitag und Genosse Schumacher von der Gewerkschaftskonferenz. Es kam einmütig die Befriedigung darüber zum Ausdruck, daß der Jenaer Parteitag den Konflikt innerhalb der Partei liquidiert hat und daß nun die Partei sich mit aller Kraft den Aufgaben der Gegenwart widmen kann. Weiter wurde die Erklärung einstimmig gebilligt, welche die Berlin-Brandenburger Delegation auf dem Parteitag zu dem Brief der Exekutive abgegeben hat.

*

Eine Generalversammlung der Stettiner Genossen nahm folgende Resolution an:

„Die Generalversammlung der Ortsgruppe Stettin der KPD. begrüßt die Beschlüsse des Parteitages in Anerkennung dessen,

1. daß mit der Annahme der Resolution zum Bericht über den Moskauer Kongreß die taktische Linie für die Partei in aktiv revolutionärem Sinne festgelegt ist;
2. daß durch sofortige Praktizierung der grundsätzlichen, taktischen Resolution mit der Annahme der Resolution zu den Aufgaben der Partei der Weg der KPD. für alle Parteimitglieder in den kommenden Kämpfen klar vorgezeichnet ist.

Die Generalversammlung billigt die Haltung der Delegation des Bezirks Pommern, sie billigt insbesondere ihre Solidarisierung mit der Berliner Erklärung zum Brief des Exekutivkomitees.

Die Generalversammlung ruft alle Mitglieder des Bezirks auf zur Durchführung und Vollstreckung der Beschlüsse des Parteitages, zur Mobilisierung aller Parteimitglieder angesichts der sich entwickelnden Kämpfe der Arbeiterklasse gegen die Verelendung und politischen Terror."

An die Mitglieder der KAPD.

Offener Brief des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale.

Die Exekutive unternimmt den letzten Versuch, die Arbeiter aus der KAPD. für die Kommunistische Internationale zu gewinnen. Wenn auch die KAPD. von der Geschichte in die Pose völliger Bedeutungslosigkeit verdammt ist, so enthält sie doch einige für die Revolution wertvolle Elemente. Unsere Aufgabe kann nur darin liegen, diese Arbeiter, die den revolutionären Inhalt in einer völligen Verneinung reformistischer Kampfformen suchen, der positiven revolutionären Tat zuzuführen. Wir wissen, daß die KAPD.-Bewegung im Sande verlaufen wird. Selbstverständlich aber haben wir ein Interesse daran, wie alle andern Arbeiter auch diese für den täglichen revolutionären Kleinkampf zu gewinnen.

Genossen, wir müssen dieses letzte Mittel, das uns durch den Druck des Offenen Briefes gegeben wird, voll und ganz ausnutzen. Die Flugschrift eignet sich besonders gut zum Massenvertrieb. In allen Orten, in allen Betrieben und Versammlungen müssen wir den Verkauf übernehmen. Der Preis (30 Pfg.) gibt die unbedingte Gewähr für einen regen Absatz.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019210912-12/fragment/page=0002

Ein neuer Verrat!

H. U. Das provokatorische Auftreten der Reaktion, Regimentsfeste, Stahlhelm- und Tannenberg-Feiern, der Mord an Erzberger, haben dem deutschen Proletariat die Augen geöffnet und es klar und deutlich die Gefahr erkennen lassen, in die es durch die Schuld der Regierungsparteien und durch seine eigene Passivität gekommen ist. Die Reaktion steht vor der Verwirklichung ihres Zieles, Einführung der Monarchie; die republikanisch-sozialistische Regierung steht vor dem Sturze durch die Konterrevolution. Machtvoll vollzog sich der Aufmarsch der werktätigen Bevölkerung, die, die Macht ihres geeinten Auftretens klar erkennend, der Reaktion, dem Unternehmertum den Kampf ansagte und ihnen zeigte, daß sie nicht gewillt ist, sich widerstandslos weiteren neuerlichen Unterdrückungspraktiken zu unterwerfen.

Die Reaktion ist durch den Aufmarsch der Massen etwas zurückgedrängt, die Ministersessel der Sozialdemokraten sind für einige Zeit gerettet. Die Massen, die ihren Anspruch auf eine menschenwürdige Existenz angemeldet haben und die dadurch eine Gefahr für die ungestörte Ausbeutung durch die Unternehmer geworden sind, müssen zur Raison gebracht werden, sie werden zusammengeschossen. Das mit aller Lungenkraft von der Sozialdemokratie beider Schattierungen hinausgestoßene Geschrei von der Einheitsfront des Proletariats entpuppt sich als elende Heuchelei, nachdem sich die Arbeiterschaft und die Beamten nicht nur gegen die politische Unterdrückung gewandt haben, sondern auch um die Besserstellung ihrer wirtschaftlichen Lage zu kämpfen bereit sind.

Wie auf politischem Gebiet die Einheit der Arbeiterklasse zum Ausdruck kam, so ist sie auf wirtschaftlichem unbedingte Voraussetzung, wenn in der Jetztzeit an eine Hebung der Lebenslage der Arbeiterklasse gedacht werden soll, ja, wenn überhaupt die erneut einsetzende Teuerung und Steuerbelastung ausgeglichen werden soll. Nirgends, in keinem Fall, sind die Forderungen, die von den Gewerkschaften als unbedingt notwendig gestellt worden sind, erfüllt worden, überall stoßen die Arbeiter auf den geschlossenen Widerstand der Unternehmer, die nur das an Lohn bewilligen, was sie schon längst in ihre Preise hineinkalkuliert haben, um den Stand ihres Profites nicht zu schmälern.

Mit rasender Geschwindigkeit geht der Lebensstandard der Arbeiterklasse nach unten. Will die Arbeiterschaft und das Beamtentum in großen Teilen nicht zugrunde gehen, dann müssen sie geschlossen und einig auch ihre wirtschaftlichen Kämpfe führen. Die Gewerkschaften haben dieses Notwendige nicht getan, überall waren sie, mit wenigen Ausnahmen, mit den Brocken, die ihnen die Unternehmer hinwarfen, zufrieden, sie stellten die wirtschaftliche einheitliche Kampffront nicht her.

Die KPD. hat zur Herstellung dieser einheitlichen Kampffront für Halle das Gewerkschaftskartell und die beiden Sozialdemokratischen Parteien angerufen. Wenn wir ja von Anfang an in den mehrheitssozialistischen Kartellvorstand nicht viel Vertrauen gesetzt haben, so übersteigt doch die Antwort alle Erwartungen. Wir hatten leider nur allzu recht, als wir schrieben, daß die Führer des Kartells durch die Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum mehr verbunden sind, als wie mit den Mitgliedern der Gewerkschaften, deren Beauftragte sie sind.

Wie kann man es anders als Verrat bezeichnen, wenn der Kartellvorsitzende Hesse, im Namen des Gesamtvorstandes uns antwortet:

> Die Zusammenfassung aller in Halle und darüber hinaus ausgebrochenen und sich noch entwickelnden Lohn- und Gehaltsbewegungen ist undurchführbar und widerspricht den Erfahrungen, die die Gewerkschaften bei Lohnkämpfen gesammelt haben.

Ganz sicher haben diese Sorte Gewerkschaftsführer in den Dunkelkammern der Arbeitsgemeinschaften noch keine Erfahrung über die Führung eines größeren Wirtschaftskampfes gesammelt. Auch würde ein einheitlich geführter Kampf den Profit des Unternehmers beschneiden und wenn der Unternehmer und Kapitalist nicht genügend verdient, dann — baut er ja die Wirtschaft nicht auf, möge auch darüber der Prolet verrecken. Welche Erfahrungen Herr Hesse aber in seinen gewerkschaftlichen Kämpfen schon gewonnen hat, daß zeigt er in folgendem Satz:

> Hier muß es der Macht der einzelnen Gewerkschaften, dem Kampfeswillen ihrer Mitglieder und **der Geschicklichkeit der verhandelnden Gewerkschaftsfunktionäre überlassen bleiben,** die aufgestellten Forderungen zur Annahme zu bringen.

Die Bergarbeiter Mitteldeutschlands haben die Geschicklichkeit ihres Gewerkschaftsfunktionärs Hesse am eigenen Leibe verspürt, die Mansfelder denken noch heute an das im Juni abgeschlossene Abkommen mit der Mansfelder Kupferschieferbauenden Gewerkschaft, geschickt hat sich Hesse dort gewiß nicht benommen, es sei denn, daß eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eine besondere Geschicklichkeit der heutigen Gewerkschaftsführer ist.

Und wenn der Hallische Kartellvorstand der Ansicht ist, daß die Gewerkschaften, besonders der ADGB. und die Afa, sich stets bemüht haben, die kampfbereite Einheitsfront herzustellen, so ist dies eine bewußte Lüge, die Arbeiter haben zu viel Beweise, daß gerade der ADGB. es war, der alle und alle Versuche zur Herstellung der wirtschaftlichen Einheitsfront abgelehnt hat, wie ja auch der Hallische Kartellvorstand jetzt wieder den einheitlichen Kampf ablehnt. Die Einberufung einer Betriebsrätekonferenz des Bezirks Halle-Merseburg wird erfolgen, wenn der Kartellvorstand es für nötig befindet, doch wird er Anträge auf gemeinsame Führung der Lohnkämpfe dort nicht stellen. Zur Beantragung eines **Betriebsrätekongresses beim ADGB. liegt für den Kartellvorstand keine Veranlassung vor.**

Um so mehr Veranlassung wird für die Gewerkschaftsmitglieder vorliegen, diese Forderungen durchzusetzen und diesen Leuten, die mit den Lebensinteressen der werktätigen Bevölkerung Schindluder treiben, etwas mehr auf die Finger zu sehen.

Die SPD. widmet unserem Offenen Brief eine ganze Titelseite, um ihre feige und verräterische Haltung zu beschönigen. Daß wir Kommunisten natürlich mit der einheitlichen Kampfführung nur wieder mal putschen wollen, diese Verleumdung ist bei der Einstellung dieser Partei eine Selbstverständlichkeit. Interessant ist aber das Eingeständnis der SPD., daß namentlich der niedrig entlohnte Hilfsarbeiter und Unterbeamte eine 100prozentige Lohnerhöhung braucht.

> Aber eine einheitliche, für alle Gehalts- und Lohnempfänger in Deutschland durchgeführte Lohnzulage an einem Termin, hätte eine solche Preisrevolution in unserem wildbewegten Wirtschaftsleben zur Folge, daß, noch ehe die Zulage ausgezahlt wäre, die 20 Millionen erkennen würden, daß sie vom Regen in die Traufe kommen; denn jetzt reichten die 100 Prozent noch nicht mal mehr als Ausgleich aus, weil durch diese Erschütterung des Wirtschaftslebens die Preise noch viel höher schnellten.

Hier zeigt sich die Verbürgerlichung der SPD. in ihrer ganzen Größe. Sie können nicht mehr anders als bürgerlich-kapitalistisch denken. Sie finden es ganz in der Ordnung, daß jede Lohnerhöhung auf den Preis der Ware geschlagen wird, sie finden es in der Ordnung, daß der Unternehmer bei nicht genügendem Profit den Betrieb schließt und die Arbeiter aufs Pflaster wirft. Sie denken nicht daran, die Lebenslage der Arbeiterschaft zu heben auf Kosten des Unternehmerprofites, sondern sie finden es in der Ordnung, daß alle Lasten des Krieges auf die Schultern der arbeitenden Klasse abgewälzt werden. Für sie ist

> das Geheimnis der uns noch bevorstehenden und schon ausgebrochenen Wirtschaftskämpfe, daß dieser Ausgleich für die Teuerung und müßte er 100prozentig sein, im Interesse des Lebens der arbeitenden Klassen in Deutschland errungen werden muß, *ohne das Wirtschaftsleben allzusehr zuerschüttern.*

Den Weg gehen planmäßig die Gewerkschaften und leisten Großes dabei. Wenn aber in Deutschland 100 000 und aber 100 000 Arbeiter arbeitslos auf dem Straßenpflaster liegen, wenn die Unternehmer einen Betrieb nach dem anderen schließen und der Arbeiterschaft Lebensbedingungen aufzwingen, unter denen sie nicht ihre Arbeitskraft aufrechterhalten können, dann ist dies keine „Erschütterung der Wirtschaft“. Wenn in Deutschland die Kindersterblichkeit von Tag zu Tag zunimmt, Tausende von Kindern keine Strümpfe und Hemden haben, Tausende von Familien kein Obdach, nicht genügend Kleidung haben und zur Verzweiflung an der Menschheit getrieben werden, dann ist dies „gottgewollte Ordnung“, die nicht erschüttert werden darf. Und wenn die KPD. die Einheit der Arbeiterklasse herstellen will, dann ist es natürlich ein Putsch.

Die USPD. hat sich nicht weiter in geistige Unkosten gestürzt, sie hat zum Teil den Artikel aus der „Volksstimme“ abgedruckt, zum Teil ihre alten Ladenhüter im Kampf gegen alles, was kommunistisch ist, wieder aufgewärmt; Generalstreik, Putsch, Experimente machen, das sind ihre Ausreden für ihr feiges Verhalten. Wie kann man denn auch jetzt sich ernstlich gegen die SPD. stellen, mit der man in den Gewerkschaftsleitungen schon so eng verbunden ist gegen die Kommunisten und mit der man glaubt, durch eine gemeinsame Regierung noch enger verbunden zu werden. Das Ei der „sozialistischen Regierung“ muß sorgsam gehütet werden. Wie schrieben doch die Gewerkschaftsblätter:

> Der beste Kampf gegen die Kapitalisten ist der Kampf gegen die Kommunisten.

Nach diesem Rezept verfahren SKD., USPD. und Gewerkschaftskartell. Die Mitglieder der Gewerkschaften werden sich durch diese Leute nicht abhalten lassen vom gemeinsamen Kampfe. Mit aller Wucht werden sie die Forderungen zur Herstellung der gemeinsamen Kampffront in den Gewerkschaften stellen. Rücksichtslos werden die Kommunisten diesen neuen Verrat der Gewerkschafts- und Parteiführer in alle Welt hinausschreien; mit der Kraft ihrer ganzen Person werden sich die Kommunisten in allen Orten, in allen Betrieben und allen Gewerkschaften einsetzen für den Kampf um das Leben des Proletariats.

Offen haben sich die Hallischen Kartell- und Parteiführer gegen den einheitlichen Kampf ausgesprochen, ihre Beteuerungen anläßlich der politischen Demonstrationen sind Lüge und Heuchelei, sie schrecken vor den Folgen ihrer eigenen Handlungsweise zurück, sie liefern das Proletariat dem Unternehmertum zur schrankenlosesten Ausbeutung aus. Die Arbeiter und Beamten, zusammengeführt durch das Auftreten der Reaktion, werden auch hier zusammenstehen als unüberwindbarer, eisenharter Block gegen das Kapital und gegen alle Agenten und Lakaien des Kapitals. Die Arbeiter werden Rechenschaft fordern von ihren Führern, die aus rein parteiegoistischen Gründen heraus so frivol die Interessen der Arbeiter verraten. Und über diese Führer hinweg wird sich die Einheitsfront des Proletariats vollziehen zu einem mächtigen gewaltigen Ansturm gegen das Kapital, für eine menschenwürdige Existenz.

Dringende Hilfe für die Vervollständigung des ersten Hilfsschiffes.

Das Komitee Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland hat im Einverständnis und in Gemeinschaft mit dem Auslandskomitee beschlossen, das erste Hilfsernährungsschiff für die Hungernden in Rußland Ende September abgehen zu lassen. Das Schiff wird u. a. ein transportables Lazarett an Bord haben, das 200 Kranke aufnehmen und pflegen kann. Zur Komplettierung des Lazaretts wird noch ein Teil Gebrauchsgegenstände: Tragbahren, Liegestühle, Betten, Decken, Krankenkleider und andere Kleider, Schuhe, Wollsachen, Strümpfe usw., ebenfalls die Materialen zu einer dem Lazarett angegliederten Waschanstalt, Feldschmiede, Schlosserei, Schuhmacher- und Schneiderwerkstatt gebraucht.

Ebenfalls benötigt werden noch: **Teller, Löffel, Feldkessel mit Gestell, Trinkbecher, Werkzeuge (Aexte, Sägen, Zangen, Hammer, Schaufel, Nägel usw.). Besonders notwendig werden noch gebraucht einige Lastautos, ein Kranken- und Personenwagen.**

Wir richten an die Betriebsräte der in Betracht kommenden Großfirmen die dringende Aufforderung, sofort von ihren Direktionen zu verlangen, ihnen die hier aufgezählten Gegenstände entweder kostenlos oder zu Ausnahmepreisen für diesen Zweck zu überlassen und dem unterzeichneten Komitee auf dem schnellsten Wege von dem Erfolg ihres Schrittes Mitteilung zu machen.

Komitee Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland,
Berlin C 54, Rosenthalerstraße 38.

Gewerkschaftliches.

Vollversammlung der Betriebsräte.

Von der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale wurde uns ein Bericht übersandt, dem wir folgendes entnehmen:

Mitte Juni d. J. wurde in Halle mit dem Neuaufbau einer Betriebsrätezentrale, die sich jetzt im Gegensatz zu der früheren selbständigen WRO. als sogenannte freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale den für ganz Deutschland geltenden Richtlinien für die Tätigkeit der Betriebsräte anpaßt, begonnen. Nach einigen Schwierigkeiten war es gelungen, die Betriebsräte aller Industriegruppen bis auf die aus dem Bergbau in einzelnen Versammlungen zusammenzubringen, wo dann die Gruppenräte und die Delegierten zum Zentralrat gewählt wurden. Später fand dann eine Sitzung des Zentralrats statt, der die Betriebsratsmitglieder des Vollzugsrats wählte. Da im Vollzugsrate neben den Betriebsräten auch Vertreter des Gewerkschaftskartells sitzen, und zwar in gleicher Anzahl, hatte das Gewerkschaftskartell bereits vor längerer Zeit fünf Kollegen für diesen Posten gewählt. Damit ist nun der Aufbau der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale beendet. Es galt nun noch, daß diese Organisation sich ein Statut gab. Zu diesem Zweck war zum Freitag eine Vollversammlung der Betriebsräte einberufen worden. Wenn auch der Besuch noch zu wünschen übrig ließ, so kann doch die Hoffnung ausgesprochen werden, daß sich das Interesse an der öffentlichen Tätigkeit der Betriebsräte sich nach und nach wieder steigert. In diesem Sinne wünschte auch der Gewerkschaftssekretär, Kollege Wielepp, der in der Vollversammlung einen kurzen Bericht über den Aufbau der Betriebsräte-Organisation gab, dieser die besten Erfolge.

Bei der nun folgenden Beratung der Statuten, die von dem Vollzugsrat in mehreren Sitzungen vorberaten waren und im Entwurf gedruckt vorlagen, kam es noch mehrmals zu Einsprüchen gegen die Fassung einzelner Paragraphen, soweit diese den Gewerkschaften ein gewisses Mitbestimmungs- und Kontrollrecht geben. Aber nachdem die aufgetauchten Bedenken zerstreut waren, empfahlen selbst solche Teilnehmer, die ebenfalls verschiedenes an dem Entwurf auszusetzen hatten, die Annahme desselben. Ein Antrag, die Abstimmung über das Statut noch auszusetzen, wurde denn auch mit großer Mehrheit abgelehnt und das Statut nach dem vorliegenden Entwurf unverändert angenommen.

Ueber „Bildungsfragen“ sprach dann wieder der Gewerkschaftssekretär, Kollege Wielepp. Er hob hervor, daß die Erfahrung gelehrt habe, daß ein großer Teil der Betriebsräte nicht mit dem nötigen geistigen Rüstzeug ausgestattet ist, daß sie auf ihrem verantwortungsvollen und wichtigen Posten brauchen. Allein das Betriebsrätegesetz, auf Grund dessen die Betriebsräte alle Tage zu arbeiten haben, verstehen viele noch nicht im Interesse ihrer Wähler auszunutzen. Neben dem Betriebsrätegesetz gebe es aber noch verschiedene andere Gesetze auf dem Gebiete des Arbeitsrechtes, die mit herangezogen werden müßten.

Nach Verlauf der weiteren Debatte, an der sich noch mehrere Betriebsräte beteiligten, wurde beschlossen, daß der Vortrag über „Arbeiterorganisation und Unternehmerverbände“, der kürzlich wegen zu schwachen Besuchs ausfallen mußte, nunmehr am Montag, dem 19. September, stattfinden soll.

Beim letzten Punkt der Tagesordnung „Stellungnahme zur Bezirks-Betriebsrätekonferenz“, wies der Vorsitzende Kollege Freiberg darauf hin, daß von vielen Betriebsräten die Einberufung einer solchen Konferenz recht bald erwartet werde. Verschiedene Fragen seien es, die dort zu erledigen seien; so müsse u. a. auch über die kommenden Steuerfragen und die Schlichtungsordnung gesprochen werden. — **Die Versammlung beschloß, zu einer Vorkonferenz, die am Sonntag, dem 11. September, nach Merseburg einberufen war, drei Delegierte zu entsenden, und zwar die beiden Vorsitzenden Freiberg und Schachtel, sowie den Kollegen Wielepp.**

•

Wenn der Aufbau, die Entwicklung und Arbeit der Betriebsräte sich besser übersehen läßt, werden wir uns nochmals ausführlich damit beschäftigen. **Vorläufig möchten wir feststellen, daß sich auch hier in Halle zeigt, daß es ein Fehler war, als man dazu überging, nur die freigewerkschaftlichen Betriebsräte zu organisieren** und diese in ein zu großes Abhängigkeitsverhältnis zu den Gewerkschaften brachte. Uns erscheint, daß zu viel Wert auf das Organisatorische gelegt wird, auf den „Kästchenbau“, wie man sich in Berlin ausgedrückt hat. Es pulsiert nicht das richtige Leben in der Organisation, und darauf ist wohl auch zum großen Teil das mangelnde Interesse der Arbeiter zurückzuführen. Ob es gelingen wird, einen frischen Zug in die freigewerkschaftliche Betriebsrätebewegung hineinzubringen, muß die Zeit lehren. Wir Kommunisten haben alle Ursache, die Bewegung nicht aus dem Auge zu verlieren.

Was geht in den Eisenbahnbetrieben vor?

Wir erhalten folgende Zuschrift:

In den einzelnen Dienststellen geht man systematisch dazu über, alle die Kollegen, insbesondere die Funktionäre und die Betriebsräte, die sich bis jetzt noch ein steifes Rückgrat und Klassenbewußtsein gegenüber der Verwaltung bewahrt haben, durch Subjekte, die sich bei der Verwaltung Liebkind machen wollen, zu provozieren, um sie dann aufs Pflaster werfen zu können. Ein großartiger Trick wird bei dieser Gelegenheit in Anwendung gebracht. Nach dem § 28 I. e. des Reichslohntarifvertrages kann jeder Bedienstete, der einen Vorgesetzten, dessen Stellvertreter oder deren Familienangehörige beleidigt, sofort aus dem Eisenbahndienst fristlos entlassen werden. Der Bedienstete dagegen kann, wenn er von einem Vorgesetzten beleidigt wird, sofort und ohne Kündigung die Arbeit niederlegen (schön, nicht wahr?), oder aber er kann, weil ihn ein Vorgesetzter nicht beleidigen darf, über diesen Beschwerde führen.

Auf keinen Fall aber darf er sich erlauben, dem Vorgesetzten, wenn er von diesem beleidigt wurde, die Beleidigung zurückzugeben. Dadurch würde die Autorität des Vorgesetzten untergraben. (Ganz wie beim Militär.)

Merkst du etwas, dummer Eisenbahner? Nun denke dir doch einmal die Konsequenz aus. Da ist ein so niederträchtiger Hetzer, den die Verwaltung auf dem Strich hat, und denke einmal nach, was für nützliche Subjekte bei der Eisenbahn noch vorhanden sind, sogar solche, die vor den gemeinsten Denunziationen ihrer eigenen Arbeitsgenossen nicht zurückschrecken. Ein solches Subjekt wird, was natürlich jeden Augenblick passieren kann, zum Vorgesetzten dessen gemacht, über den schon das Fallbeil der Entlassung schwebt, und der mit drei oder noch mehr roten Kreuzen bei der Verwaltung in der Kreide steht. Und nun, Freund Eisenbahner, denke dir den Fall, du bist bei der Arbeit oder im Dienst, du ruhst dich für einen Augenblick von der Arbeit aus; da fährt dich plötzlich und unvermittelt ein solches der Verwaltung ergebenes Subjekt, was natürlich in diesem Augenblick dein Vorgesetzter ist, an und beleidigt dich dadurch, daß es dich anschreit, du seiest faul, arbeitest überhaupt nicht und hieltest noch die anderen von der Arbeit ab. Und nun zum Ueberfluß kennst du den Bruder, der zwar jetzt dein Vorgesetzter ist und dir die Beleidigung zufügt, du aber ganz genau weißt, wenn er selbst mitarbeiten muß, daß er dann die Eigenschaften, die er dir jetzt frech ins Gesicht schleudert, in höchstem Maße selbst entwickelt, was wirst du nun tun? Vor allen Dingen wirst du erst einmal ganz sprachlos sein, aber dann wirst du sofort deine Arbeit niederlegen, um diese Stätte zu verlassen, wo du so beleidigt worden bist, oder du wirst dem nächst höheren Vorgesetzten deine Beschwere anbringen?

Nein, das wirst du alles nicht tun, denn es wird dich die Wut packen, wenn du nur noch einen Funken Ehrgefühl in dir hast und du nicht ganz und gar ein elender Knecht bist. **Du wirst diesem Bruder auf der Stelle die Beleidigung zurückgeben, wenn du dich nicht noch zu ganz anderen Handlungen hinreißen läßt.** Aber nun wird das eintreten, auf das man das Ganze angelegt hat, du fliegst raus, zumal, wenn du so ein Hetzer bist, der eine Anzahl roter Kreuze besitzt; dann kannst du darüber nachdenken, wie herrlich weit wir es schon wieder bei der Eisenbahn gebracht haben, und wie schnell die Fahrt geht, damit wir wieder zu den Verhältnissen gelangen, wo es nur Knechte und Herren, oder militärisch ausgedrückt, Vorgesetzte und Untergebene gibt. **Darum Augen auf, Eisenbahner, reingefaßt in die Speichen, damit der Karren nicht wieder in den vorkriegszeitlichen Sumpf hineinrast.** Stellt dieser übermütig gewordenen Bureaukratie, die sich einst so feige vor euch verkroch, Klassenbewußtsein entgegen und stellt euch auf den Kampf ein, der nicht nur geführt werden muß um Verbesserung eurer wirtschaftlichen Lage, sondern deshalb, daß mit der frech gewordenen Gesellschaft ein- für allemal endgültig aufgeräumt wird.

Streik der Elektrizitätsarbeiter in Berlin

Der Berliner Magistrat beschäftigte sich in seiner außerordentlichen Sonnabendsitzung mit dem Antrag des „Zentralverbandes der Angestellten“, den Tarifvertrag, der durch Schiedsspruch den Werksangestellten zugestanden wurde, anzuerkennen.

Der Magistrat hat diesen Antrag zum zweiten Male abgelehnt. Die SPD. stimmte gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien gegen diese Forderung der Angestellten. Da die Angestellten der Gas- und Elektrizitätsarbeiter unter keinen Umständen auf ihr Mitbestimmungsrecht verzichten oder sich dem Beamtenrecht unterordnen wollen, sind heute früh die Elektrizitätsarbeiter in den Streik getreten. Der ganze Straßenbahnverkehr ruht.

Die Elektrizitätsarbeiter fordern auch eine Lohnaufbesserung.

Landarbeiterstreik im Mansfelder Gebirgskreis

Da die Arbeitgeber den Abschluß eines Tarifvertrages mit dem Landarbeiterverband abgelehnt haben, sind die gesamten Landarbeiter im Mansfelder Gebirgskreis entsprechend einem Beschlusse ihrer Versammlung vom 8. d. M., heute, Montag, allgemein in den Streik getreten. Der Vertragsschluß soll unter allen Umständen erzwungen werden, wenn es sein muß, mit verschärftem Generalstreik. Alle Schlichtungsinstanzen sind angerufen worden.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten.

Achtung, Fabrikarbeiter! Am Mittwoch, dem 14. September, abends ½8 Uhr, im Saale der Produktivgenossenschaft, Lerchenfeldstraße 14, Sitzung aller Kommunisten des Fabrikarbeiterverbandes. Tagesordnung: Was haben wir in den Gewerkschaften zu tun? Partei- und Gewerkschaftsbuch legitimiert.

Letzte Nachrichten.

Bayrischer Landtagsabgeordneter Fischer verhaftet!

München, 12. September. Der unabhängige Landtagsabgeordnete Fischer, der, wie mitgeteilt, vor einigen Tagen in einer Münchener Versammlung ankündigte, daß die Ausrufung der nordbayerischen Republik bevorstehe, ist unter der Beschuldigung hochverräterischer Betätigung in Nürnberg verhaftet worden.

•

Die Reaktion in Bayern pfeift auf die Immunität der Abgeordneten und steckt sie einfach in die Gefängnisse. Den Kommunisten ist dies schon öfter passiert, vorläufig ist ein Unabhängiger an der Reihe, die Sozialdemokraten werden folgen.

Wie lange werden die bayerischen und deutschen Arbeiter sich dies noch gefallen lassen?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019210912-12/fragment/page=0003

Paulchen kommt!

3203

K.P.D

Kommunistische Partei Deutschlands.

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau und Kasse: Lerchenfeldstraße 14. Fernsprecher: 1473. Bezirksleiter: Heinrich Brandler. Sekretär: Oskar Friedländer. Bezirks-Sekretär: Gustav Schulz. Geschäftsstunden: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabend nachm. geschlossen.

Versammlungen

Unterbezirk Bitterfeld.

Greppin. Heute, Montag, den 12. September, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht vom Parteitage. Referent: Gen. Sachse.

Unterbezirk Wittenberg.

Wittenberg. Mittwoch, den 14. September, abends ½8 Uhr: Funktionärsitzung. Der Vorstand wird gebeten, ½ Stunde früher zu erscheinen.

Sohlleder-Ausschnitt

billigst. 1179

Paul Andersch,

Magdeburger Strasse 8.

Gegen Wanzen, Flöh' u. Läuse

Nimmt **Riesolda** nur der Weise: Augenblicklich wird gelindert Tier u. Mensch u. Kot u. Hund. In ½ Stunde versichert Sie unter **Garantie Kopf-, Kleider- und Filz-Läuse** sow. Brut (Niss.) **Wanzen, Flöhe** d. Mensch. u. Tier. **„Riesolda"**, gr. gesch. Mitt. Wund. unschädl. Verk. nur: **Schurig,** Steinweg 10. Postv. Preis: 5 und **7,50** Mk. 1140

+ Frauen

wenn Ihre monatliche **Regel ausbleibt** oder stockt, seien Sie ohne Sorge. Neuen Lebensmut bringt Ihnen einzig und allein nur meine neue Spezialität, **Ciro** überalles welche den **Ciro** andere davon-**Kein Schwindel,** wo-trägt. **Kein Schwindel,** für garantiert wird. **alles** ver-Frauen, w. schon **alles** geb-lich versucht hatten, schreiben überraschende **Wirkung** *1159 **selbst** in hartnäckig., ver-zweifelten, bereits hoff-nungsl. Fällen Unschädl. **Garantie** für jeden **Fall, sonst Geld zurück.** Teilen Sie mir mit, wie lange Sie z. klagen hab. Diskr. Versand **Frau E. Wollenweber, Harburg (Elbe 401)** Niemannstraße 31. Ich über-treibe nicht! **Viele** frohe Dank-sagungen bestät. d. Erfolg.

Parteischriften empfiehlt die **Volksbuchhandlung.**

Achtung! Achtung! **Aschenfuhren,** sowie sämtliche Fuhren jeder Art werden ange-nommen u. zur Zufrieden-heit ausgeführt. 3199 Auch über Land. **W. Alsleben,** Körneristraße 31. H. I l.

Neuheit! **Tittel-Bestecke** 3198 aus einer äußerst harten, silberweissen Metall-legierung sind infolge ihrer grossen Haltbar-keit und ausserordent-lichen Billigkeit die **Eßbestecke der Zukunft.** Postversand und Preisliste. **Juwelier Tittel, Besteckhaus,** vertreten auf der Koch-kunst-Ausstellung im kleinen Saale der Saalschloß-Brauerei.

Schlaf-Zimmer, Küchen und einzelne **Möbel** in allen Preislagen liefert 1186 **G. Schaible,** Gr. Märkerstr. 26, neben Ratskeller.

Mehrere tüchtige Former

stellen sofort ein *1140

Ortenbach & Vogel

Maschinenfabrik, Eisen- u. Metallgiesserei,

Bitterfeld.

Wer ist Paulchen?

3203

Licht Spiele

Nur noch bis Donnerstag!

Uraufführung des Abenteurer-Films:

Der Sträfling v. Cayenne.

6 Akte.

Nach dem Roman von **Hugos.**

In der Hauptrolle:

Friedrich Zelnik.

sowie das glänzende **Beiprogramm.**

Beginn: 4.00 6.15 8.30

Fernsprecher 4681 — Grosse Ulrichstr. 51.

Ab Freitag, den 16. Septbr.!

Erstaufführung!

Paul Heidemann

als **Meisterdieb** in

Baron Bunnys Erlebnisse.

Eine Spitzbubengeschichte in 6 Akten

In den Hauptrollen: P. Heidemann — Carola Toelle.

Beachten Sie die kommenden Inserate

3203

Im Herzen der Stadt

Kleiner Saal und Sitzungszimmer

stehen zu Versammlungszwecken frei.

Restaurant Produktiv-Genossenschaft,

Lerchenfeldstraße 14.

Walhalla

Lichtspiel-Theater

Täglich: 3204

Der Original Bühnen-Sketch

5 Minuten vor Voll!

Persönlich Mitwirkende:

Vier Berliner Filmschauspieler.

Elegante Ausstattung. — Größte Heiterkeit.

Ferner:

Entlarvt!

6. Teil des **„Goliath Armstrong"** sowie:

Ein Weib der Wüste.

Ein orientalisches Liebesdrama in 5 Akten mit **Lucie Doraine.**

Anfang: Wochentags **4** Uhr. Sonntags **3** Uhr.

Hausfrauen!

Kauft nur in den Geschäften, welche im **„Klassenkampf"** inserieren.

U.T

Das Sensationsschauspiel aus dem Artistenleben:

Leipziger Str. 88

Die Nacht ohne Morgen.

6 Akte mit

Hans Mierendorff Grit Hegesa.

Gunnar Tolnaes

in dem Film in 5 Akten

Alte Promenade 11a

Sturmflut des Lebens.

3202

Stadttheater

Dienstag, 13 September, Anfg. 7½, Ende 9½ Uhr

Hanneles Himmelfahrt.

Traumdichtung von Gerhart Hauptmann.

Mittwoch: **Der Barbier von Sevilla**

Welt-Panorama,

Große Ulrichstraße 4/5, I.

Diese Woche: Funkenstation Nauen, Schweiz. 1618

Klavierspieler 1082 für **Wander-Kino** sofort gesucht **Goethestr. 26.**

Restaurant Produktiv-Genossenschaft

Lerchenfeldstraße 14

empfiehlt seinen kräftigen

Mittag- und Abendtisch

Merseburg.

Gewerkschafts-Kartell.

Dienstag, 13. Sept., abds. 8 Uhr, in der **„Funkenburg":**

Kartellsitzung

Das Erscheinen aller Delegierten ist Pflicht. Verbandstücher sind mitzubringen. 1479

Der Vorstand.

Bandonium 3196 142 tön., norm., à Dopp., Gleichtönig, sch. Tonfülle, für 900 Mk. zu verkauf. Alter Markt 25, IV l.

Wann kommt Paulchen?

3203

Bekanntmachung.

Tagesordnung

f. d. Sitzung d. Zweckverbandsausschusses Leuna am Mittwoch, dem 14. September 1921, abends 7 Uhr, in Leuna-Werke, Bau M 617, Zimmer 3:

1. Bau der Leichenhalle.
2. Gemeindehaus Rössen.
3. Errichtung von Sportplätzen.
4. Barackenbau.
5. Prüfung des Bebauungsplanes.
6. Abgabe von Bauplätzen zur Förderung des Siedlungswesens.
7. Errichtung einer Fortbildungsschule und darauf bezügliche Satzungsänderung.
8. Personalangelegenheiten.
9. Anträge und Wünsche.

Leuna-Werke, den 10. September 1921.

Der Vorsitzende des Zweckverbandes Leuna.

1485 Cornely.

Wandbilder

von

Karl Liebknecht

Rosa Luxemburg

(Handdrucke),

Karl Marx u. Engels

in solider Ausführung zu billigen Preisen,

Künstler-Postkarten

empfiehlt

Volksbuchhandlung, Merseburg,

Markt 7.

Lassen Sie sich nicht irremachen!

Jeder Preis, welcher für Kupfer, Rotguß, Messing, Blei, Zink, Lumpen, Bücher, Zeitungen, Altpapier, Knochen, Alteisen usw. :: :: von der Konkurrenz geboten wird :: ::

wird von mir überboten!

Anna Theuring, nur Große Wallstraße 42. Telephon 4263.

Kostenlose Abholungen. 3205

Das größte Werk, das je eine Arbeiterschaft vollbrachte, stellt ohne Zweifel die Produktiv-Genossenschaft für den Bez. Halle-Merseburg dar. Getragen nur durch die Opfer der Genossinnen und Genossen der VKPD. Wer noch nicht Mitglied ist, melde sich sofort in der Lerchenfeldstr. 14 und trage dort seinen besten Baustein hin

Volkspark. 1141 **Kräftiger Mittagstisch.**

Kinderwagen, weiß, groß, zu verk. 3200 Reilstr. 84, Hochpart.

Zur Anfertigung seiner **Herrengarderobe** nach Maß empfiehlt sich **Otto Bartelt.** 1618 **Dreyhauptstr. 7, I l.**

In der Talamtschule u. Mittelkindschule Schnitzzeichnen, Zuschneide- und Näh-Unterricht für Hausbedarf und Beruf. Anmeldung u. Auskunft 5—6. 1153 Glauchaer Str. 69, III.

Schulbücher aller Art Tafeln, Schiefer, Federkästen, Bleie, Zeichenblocks, Zeichenständer, Tornister 2c. Zu beziehen durch die **Volks-Buchhandlung.**

Die Abtreibung der Leibesfrucht von Univ.-Professoren A. Grotjahn u. G. Hasbruch **Wichtig** für Eheleute, Aerzte und Hebammen! Preis M. 2,—

Zu beziehen durch **alle Austräger** und die **Volksbuchhandlung,** Halle a. d. S., Harz 42/44.

Feinstes weisses

Bratenschmalz

(Kunstspeisefett) mit Gewürz und Zwiebeln

Pfund 12,00 Mk.

Sehr feiner

Tilsiter Käse

½ Pfd. nur 7,00 Mk.

F. H. Krause.

In allen Filialen.

8206

Am 10. d. M. entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden meine liebevolle unvergeßliche Frau, unsere treusorgende Mutter, Großmutter, Schwiegertochter, Schwägerin und Tante, Frau

Anna Parsch geb. Schöllner,

im vollendeten 53. Lebensjahre.

Seeben, den 12. September 1921.

In tiefer Trauer im Namen aller Hinterbliebenen: **Wilhelm Parsch.**

Die Beerdigung findet am 13. Septbr., nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause aus statt. 3198

Ansichtskarten

empfiehlt **Volksbuchhandlung,** Harz 42/44.

Wo ist Paulchen?

3203

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019210912-12/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 12. September 1921.

Generalversammlung der KPD., Ortsverein Halle.

Im großen Restaurationssaal des „Volksparks“ fand am Sonnabend die Generalversammlung der KPD., Ortsverein Halle, statt. Anwesend waren 141 Delegierte, 113 männliche und 28 weibliche. Das vorgesehene politische Referat mußte wegen der reichhaltigen Tagesordnung ausfallen.

Geschäfts- und Kassenbericht.

Genosse Pätzold eröffnete die Versammlung kurz nach 7 Uhr und erstattete den Geschäftsbericht. Aus ihm sei hervorgehoben, daß trotz der Aufnahmebedingungen in die KPD. 300 Neuaufnahmen zu verzeichnen sind. Die Partei hat sich durch die Erfahrungen der letzten Monate gezwungen gesehen, die Aufnahme der sich neumeldenden Mitglieder erst sorgfältig zu prüfen. Denn für eine Partei, die immer zum Kampfe bereit sein muß, kann nicht jedem Tür und Tor geöffnet werden. Nur wirklich aktive und zuverlässige Mitglieder dürfen für die Zukunft in die Parteiorganisation aufgenommen werden. Genosse Pätzold gab dann einen kurzen Ueberblick über die Organisationsarbeit, über Parteiversammlungen und -veranstaltungen und betonte hierbei, daß die letzten Veranstaltungen, so die kommunistischen Samstage und der Werbetag für die Sowjethilfe die Parteileitung am Orte nicht befriedigen dürfe. In Zukunft müßten die Parteigenossen noch mehr ihre Pflicht tun als bisher. Unser Hauptaugenmerk müsse jetzt auf die Reorganisation der Partei gerichtet werden. Die Reorganisation sei die Lehre der letzten Monate und müsse so schnell wie möglich durchgeführt werden, damit die Partei den Anforderungen, die an sie als eine revolutionäre Kampfpartei gestellt würden, auch gerecht werde. Durch die Umorganisierung in Zehnergruppen, Hundertschaften, Oberdistrikte usw. seien die Voraussetzungen zur Anwendung der praktischen Erfahrungen für die Zukunft gegeben. Der Redner machte zum Schluß noch Mitteilung über die vorzunehmende Statutenänderung und schloß mit der Aufforderung, in Zukunft noch tätiger zu sein als bisher und den letzten Parteigenossen zur Mitarbeit heranzuziehen, um die Partei zur höchsten Aktivität vorzubereiten.

Hierauf wurde von dem Genossen Richter der Kassenbericht gegeben, der in Einnahme mit 110 289,66 Mk. und in Ausgabe mit 123 425,94 Mk. abschließt, so daß ein Fehlbetrag von 13 136,28 Mk. zu decken übrig bleibt.

Den Bericht von der Frauen-Arbeitskommission über die Tätigkeit der Frauen bei den Elternbeiräten, im Bildungswesen, in kommunalen Angelegenheiten, im Unterstützungswesen usw. gab Genossin Schmidt, die von der Versammlung forderte, daß die Frauen von den Distriktsführern noch mehr zur Mitarbeit heranzuholen seien.

Aussprache.

In der nun folgenden Aussprache wendet sich Genosse Müller gegen die Ortsleitung, die es nicht verstanden habe, den nötigen Kontakt mit den Betriebsräten, Gewerkschaftsfunktionären, Betriebsfraktionen usw. herzustellen. — Genosse Fiedler hebt demgegenüber hervor, daß sich nicht die Leitung eingekapselt habe, sondern daß die Betriebsfraktionen usw. bisher voll und ganz versagt hätten. Aus den Erfahrungen müssen wir jetzt unsere Lehren ziehen und versuchen, die bisher gemachten Fehler auszumerzen. — Genosse Krause macht den Vorschlag, daß man, um die Kosten der Ortsleitung zu verringern, wieder eine Kranz-Marke von wöchentlich 10 Pf. einführen solle. Gegen diesen Vorschlag wenden sich die Genossin Schmidt und Genosse Pätzold.

Nachdem dem Kassierer Entlastung erteilt worden ist, tritt die Versammlung in die Beratung über die Abänderung des Statuts ein, der nach kurzer Aussprache zugestimmt wird.

Wahl des Vorstandes.

Es folgt nun die Wahl des Vorstandes. Als erster Vorsitzender wird gewählt Genosse Spieß, als zweiter Vorsitzender Genosse Pfund, als Schriftführer Genosse Finkelmeier, als Beisitzer werden gewählt: Genossin Wendt, die Genossen Hermann Klaus, Karl Krause, Diemann (Wörmlitz) und Rückwaldt, als Revisoren die Genossen Mäder, Karl Müller und Anton Cichoschewsky. Zum Schluß wurde Genosse Richter als Sekretär, der sich ebenfalls zur Wahl gestellt hatte, einstimmig wiedergewählt. Genosse Richter dankte für das einmütige Vertrauen mit einigen kurzen Worten.

Anträge.

Eine längere Aussprache brachte gleich der Antrag des 8. Distrikts, der verlangte, daß die in der Bezirksleitung überflüssig gewordene weibliche Hilfskraft vom Ortsverein Halle angestellt werden soll. Beschlossen wurde die Anstellung einer männlichen Hilfskraft. Die Stelle soll ausgeschrieben werden.

Der Antrag des 17. Distrikts, wonach Frauen von arbeitslosen Männern nur den Beitrag von arbeitslosen Mitgliedern zahlen sollen, wurde, da der Parteitag den Mitgliedsbeitrag für Frauen auf 50 Pf. festgesetzt hat, zurückgezogen.

Der Antrag des 7. Distrikts, der gegen die Auflösung des Frauensekretariats protestiert, kann nicht zur Erledigung kommen, da noch kein Beschluß über die Auflösung des Frauensekretariats vorliegt.

Ein Antrag des 16. Distrikts über Einführung von Sparmarken für die Produktivgenossenschaft wird der Produktivgenossenschaft überwiesen. Ein zweiter Antrag desselben Bezirks, die Prozente für die Hauskassierer der Parteikasse wieder zuzuführen, wird mit einem Zusatzantrag des Vorstandes angenommen.

Der Antrag des 20. Distrikts, der alle Parteigenossen verpflichtet, aus bürgerlichen Vereinen, die einer gegenrevolutionären Idee huldigen, auszutreten, oder aus der Partei auszuschließen, wird angenommen.

Nach einigen kurzen Mitteilungen unter „Verschiedenes“ wird die Versammlung gegen 1 Uhr geschlossen.

Begrüßungsfeier der Jugend-Delegierten.

Inmitten der ungeheuren Arbeit, welche die Delegierten und Gäste des sechsten Kongresses der Kommunistischen Jugend Deutschlands zu bewältigen hatten, wollten ihnen die Hallischen Genossen eine Oase zum Ausruhen und zur Erbauung bereiten. Eine Begrüßungsfeier rief am Sonnabend abend alle Jugendgenossen in den großen Saal des „Volksparks“. Festschmuck prangte an Galerie und Wänden in den Farben der Revolution; im Hintergrunde der Bühne leuchtete der Sowjetstern. Die Stimmung der Anwesenden war von Feierlichkeit und dem schranken-niederreißenden Gefühl des großen Einsseins getragen. Genosse Reinhold Schönlank hielt am Schluß des ersten Programmteils eine stimmungs- und wirkungsvolle Begrüßungsansprache. Den übrigen Teil des Abends füllten Elisabeth Göhlsdorf mit Rezitationen und Hans Koch (Klavier), Willi Schmidt (Violine) sowie Otto Schwendler (Cello) mit musikalischen Darbietungen aus. Elisabeth Göhlsdorf ließ Dichtungen von Nekrasow, Turgenjew, Mackay, Jakoby und Max Barthel durch ihre Sprechkunst lebendig werden. Die musikalischen Darbietungen umrahmten das revolutionäre Wort vortrefflich. So hinterließ der Abend nachhaltigen Eindruck bei allen Teilnehmern.

---

* **Der Verlag der „Tribüne“** teilt uns mit, daß das Verbot aufgehoben worden ist und daß das Blatt in einigen Tagen wieder so bald drucktechnische Schwierigkeiten überwunden sein werden, erscheinen wird.

* **Kommunistische Jugend.** Heute abend treffen wir uns mit sämtlichen Fahnen zur Massenkundgebung im „Volkspark“.

* **Von einem Straßenbahnwagen überfahren und getötet.** Gestern nachmittag wurde ein hier wohnhafter Kaufmann, als er einen in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen in der Geiststraße besteigen wollte und dabei zu Fall kam, überfahren. Der Anhängewagen ging ihm über den Leib, so daß der Tod an Ort und Stelle eintrat.

* **Gestohlen** wurden in der vergangenen Nacht einem in der Belfortstraße wohnhaften Schuhmachermeister aus einem verschlossenen Stalle 6 Gänse und 1 Huhn.

* **Selbstmord.** In der Nacht zum Sonnabend stürzte sich ein 23jähriges Mädchen von der Neuwerkbrücke in die Saale. Aus einem hinterlassenen Briefe wird als Ursache Liebeskummer angegeben. Die Leiche ist noch nicht geborgen.

* **Freie Volksbühne.** Die Anmeldefrist zur Mitgliedschaft ist auf vielseitigen Wunsch bis zum 15. September verlängert worden. Einige der alten Mitglieder haben ihre Karten bisher noch nicht erneuert. An sie ergeht die Mahnung, ihren Verpflichtungen bis zum 15. September in der Geschäftsstelle, Brüderstraße 14, nachzukommen.

* **Fürsorgeerziehung.** Alle Eltern, Witwen und Pfleger, welche Kinder in der Fürsorgeerziehung haben, erteilt Auskunft der Verein ehem. Fürsorgezöglinge Groß-Hamburg. Für Halle Adolf Reichenbach, Heinrichstraße 11.

Lieskau. Tötliches Unglück. In die Tongrube der Firma Zimmermann gestürzt ist Sonntag nachmittag das sechsjährige Söhnchen des Arbeiters Emil Böttcher. Das Kind hatte sich unbemerkt am Haspel zu schaffen gemacht und war in den 17 Meter tiefen Schacht gestürzt, wo es auf den Förderkübel aufschlug und sofort getötet wurde. Daß das Unglück geschehen konnte, ist die Folge der großen Leichtfertigkeit in der Beobachtung der gesetzlich vorgeschriebenen Sicherheitsmaßnahmen in diesem Betriebe. Wirksame Absperrungen sind nirgends vorhanden; auch der Haspel ist nicht vor dem Zutritt Unbefugter gesichert. Die Betriebsleitung sollte sich lieber um diese Dinge bekümmern, als politische Gesinnungsschnüffelei unter den Arbeitern zu treiben. Eine amtliche Untersuchung wird heute vormittag stattfinden.

Aufruf!

An die Arbeiterschaft von Halle (Saale)! An die proletarische Jugend!

Zum 6. Male trat die Kommunistische Jugend Deutschlands zusammen, um Richtlinien und Wegweiser für den proletarischen Klassenkampf zu geben. Als erste Sektion der Kommunistischen Jugendinternationale hält die deutsche Kommunistische Jugend ihren Reichskongreß nach dem Weltkongreß der Kommunistischen Internationale ab. Als entscheidender Wendepunkt in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung standen die beiden Weltkongresse der Partei sowie der Jugend. Ihre Leitsätze und Thesen werden ihre Ausstrahlungen über das westeuropäische Proletariat ergießen. Aus allen Ländern sind junge Kommunisten erschienen, um der Beschlußfassung der deutschen Sektion beizuwohnen. Da die westeuropäischen Arbeiter mit wartenden Augen auf den Kampf des deutschen revolutionären Proletariats schauen.

Der wirtschaftliche Druck des Kapitalismus lastet schwerer denn je auf den Proletariern. Sowohl alten wie jungen Arbeitern wird der politische Druck der Konterrevolution immer unerträglicher. Alt und jung müssen sich darum gegenseitig ergänzen. Das Verhältnis zwischen Jugend und Erwachsenen muß ein enges und festes werden, um den Kampf um ihre Befreiung siegreich durchführen zu können. Zeige die erwachsene Arbeiterschaft von Halle (Saale), daß sie in dieses solidarische Verhältnis mit der Jugend eingehen will. Rußlands Stärke liegt darin, daß die Jugend den Alten, und die Alten der Jugend volles Vertrauen entgegenbringt. Auch bei uns soll es so werden. Darum fordern die unterzeichneten Organisationen auf zu der am heutigen Montag, abends 7½ Uhr, im „Volkspark“, stattfindenden internationalen

Massenkundgebung

zu erscheinen. Es werden die jungen Kommunisten aller Länder über die Lage und den Kampfesmut derjenigen, die mit uns in der Kommunistischen Internationale verbunden sind, berichten. Vertreter des Exekutivkomitees und deutsche Delegierte des Kongresses werden zu dem Hallischen Proletariat sprechen.

Wir rufen deshalb auf, Euch alle, die Ihr in Fabrik, Kontor, Werkstatt, auf dem Felde und im Schachte werktätig seid, in Massen zu erscheinen. Bekundet Euer Klassenbewußtsein gegenüber den ausländischen Brüdern. Zeigt, daß trotz aller Schmach und Unterdrückung, die seit Monaten auf Euch lastet, Euer Mut ungebrochen und siegessicher ist.

Auf, zur internationalen Kundgebung!
Es lebe der internationale Klassenkampf!
Es lebe die internationale Solidarität!

Bezirksleitung der Kommunistischen Jugend Halle-Merseburg.
Kommunistische Partei, Ortsgruppe Halle.

Aus der Provinz.

Aussperrung im Lauchhammerwerk.

Um ihre Lohnforderung zu unterstützen, die von der Werksleitung nur zu einem kleinen Teile erfüllt werden solle, traten 600 Mann der Belegschaft am Sonnabend in den Streik. Daraufhin hat die Werksleitung angeordnet, daß sämtliche Betriebe in Lauchhammer geschlossen werden. Von der Aussperrung werden 2000 Mann betroffen.

Sangerhausen. Betriebsräteversammlung. Am kommenden Mittwoch, dem 14. September, findet in der „Bierhalle“ eine Versammlung aller Betriebsräte und kommunistischen Vertrauensleute in den Betrieben statt. Die jetzige Zeit gebietet mehr denn je den wirtschaftlichen Kämpfen aller Berufe größte Aufmerksamkeit zu schenken. Ein Referat über den jeweiligen Stand der Wirtschaftslage und die wirtschaftlichen Kämpfe wird jeden Besucher unterrichten und einstellen auf die kommende Gewerkschaftstätigkeit.

Niederröblingen. Oeffentliche Versammlung. Hier fand am 9. September eine Volksversammlung statt, die gut besucht war. In ausführlicher Rede wurde vom Genossen Buhler (Sangerhausen) die politische Lage und die Thüringer Landtagswahlen besprochen. Der Genosse W. Schütz machte noch zustimmende Ausführungen und vom Vorsitzenden wurde zur regen Unterstützung für Sowjet-Rußland hingewiesen. Eine Sammlung ergab 32 Mark.

Bornstedt. Unsauberer Arbeitsbruder. Eine durchaus unsaubere Rolle seinen nächsten Verwandten und Arbeitskollegen gegenüber, spielt der in der Zuckerfabrik beschäftigte Arbeiter und im zweiten Beruf als Barbier tätige Fritz Hesse. Dieser „feine“ Mann hält es für notwendig, ganz den Herren der Reaktion zu Füßen zu kriechen und seine Arbeitsbrüder diesen gegenüber zu beschimpfen. Kraftausdrücke, wie „Zuchthausbrüder“, sind keine Seltenheiten. Wir empfehlen unseren Freunden, daß diesem „Ucharbeiter“ genügend aufs Maul und auf die Fäuste zugleich gesehen wird. Dieser Mann soll dann auch seinen Nebenberuf an den Leuten, mit denen er gut steht, ausüben. Für uns sind unsere Genossen im Zuchthaus und Gefängnis immer noch die Revolutionshelden mit aller Ehre in unserem Sinne.

Landsberg. Freitod. Am Donnerstag hat sich ein junges Mädchen aus Schwätz in dem Martinischen Steinbruche durch Ertränken das Leben genommen. Ueber den Beweggrund ist noch nichts bekannt.

Landsberg. Tödlich verunglückt ist ein Schaffner des Sonntagsnachmittagszuges Halle—Bitterfeld, indem er während der Fahrt vom Trittbrett eines Wagens abstürzte und infolge Genickbruches als Leiche auf den Schienen liegen blieb.

Delitzsch. Der Schwindel über die Landratswahl, wie er von den Deutschnationalen Dryander im Untersuchungsausschuß des Landtages vorgetragen wurde, war dem Landrat Raute zu arg. Er hat deshalb, wie mitgeteilt wird, an den Ausschuß ein Schreiben gerichtet, in dem er um seine persönliche Vernehmung bittet, da die Angaben Dryanders der Wahrheit nicht entsprächen.

Gräfenhainichen. Güterwagenbrand. Von einem nach Bitterfeld fahrenden Nachtgüterzuge geriet ein mit Stroh beladener Wagen in Brand. Er verbrannte samt dem Inhalte.

Wolfen. Der Gemeinderat ist aufgelöst. Der Landrat veröffentlicht eine Verordnung des preußischen Staatsministeriums, wonach die Gemeindevertretung der Gemeinde Wolfen aufgelöst wird. Es haben demnach in Kürze Neuwahlen stattzufinden.

Mühlberg. Bürgermeisterwahl. Bei der Abstimmung der Stadtverordneten am Freitag wurden 17 Stimmen abgegeben. 9 Zettel lauteten auf Gemeindeobersekretär Kronstein, Hennigsdorf bei Berlin. 8 Zettel waren unbeschrieben, da unsere Fraktion sich der Stimme enthielt.

Elsterwerda. Kohlenbezug. Der Magistrat gibt bekannt, daß vom 19. bis 30. September (außer Sonnabends) die der Stadt Elsterwerda für den laufenden Monat zugeteilten Briketts auf der Grube Plessa abgefahren werden können. Bezugscheine im Lebensmittelbureau.

Annaburg. Beim Rangieren erlitt ein Schaffner aus Roßlau durch Quetschungen erhebliche Verletzungen, an deren Folgen er verstorben ist.

Jeßnitz. Einbrecher versuchten nachts in das Haushaltungsartikelgeschäft des Kaufmanns Otto Kühnelt einzudringen. Sie hatten aus der einen Schaufensterscheibe ein Stück herausgeschnitten, als das Anschlagen der Haushunde ihnen das Weiterarbeiten unmöglich machte.

— Die Stelle des Bezirksimpfarztes hat die Kreisbehörde dem Dr. Grothe übertragen.

— Zusammenschluß der Eigentümer. In der Gründungsversammlung des neuen Haus- und Grundbesitzervereins erklärten die meisten der Anwesenden (85 Mann) ihren Beitritt. Es wurde der Anschluß an den anhaltischen Landesverband beschlossen.

Raguhn. Der Gemeinderat beschloß die Beschaffung einer Reichsflagge für das Rathaus gegen eine bürgerliche Stimme. Zum Dresdener Reichsstädtetag entsandte man den ersten Stadtrat und Stadtverordnetenvorsteher. Der Magistratsantrag auf Anstellung eines dritten Polizeiwachtmeisters an Stelle des Nachtwachtbeamten, welcher als Stadtarbeiter weiterbeschäftigt werden solle, wurde genehmigt, ebenso die Erhebung eines Zuschlages zur Wanderlagersteuer von 25 v. H. Dem Elektrizitätswerke Bitterfeld wurde eine Erhöhung der vorkriegszeitlichen Zählermiete um 400 v. H. zugebilligt. Der Anschaffung einer Motorspritze für die Feuerwehr stimmte die Körperschaft zu unter der Voraussetzung, daß von den 86 000 Mk. Kosten der Landesfeuerlöschfonds die übliche Hälfte trägt. Die Miete für den Neubau setzte die Stadtvertretung wie folgt fest: für 3 Eckhauswohnungen 950, 6 eingebaute Wohnungen 750 und 3 Dachwohnungen 330 Mk.

— Verunglückter Turner. Bei der Uebungsstunde der Jugendabteilung des Männerturnvereins kam ein junger Metallarbeiter aus Jeßnitz zuschaden. Ihm fiel der umschlagende Eisenbarren auf die rechte Hand, so daß der Daumennagel abgetrennt und er auch an den anderen Fingern verletzt wurde.

Mansfelder Kreise.

Eisleben. Versammlung der Kriegsopfer. Am Montag, dem 12. September, abends 8 Uhr, findet im „Volkshaus“ eine große öffentliche Kriegsopferversammlung statt mit dem Thema: „Die Stellung der Kriegsopfer und deren Organisationen zu der jetzigen Teuerung“. Der Bundesvorsitzende, Genosse Karl Tiedt (Berlin) hat das Referat übernommen. Es werden alle Kriegsopfer, gleich welchen Standes, gleich welcher Organisation, zu der Versammlung eingeladen. Gleichzeitig appellieren wir an das gesamte Proletariat und an die Gewerkschaftsvertreter, die Versammlung zu unterstützen. Sämtliche Ortsgruppenvorsitzenden im Bezirk Eisleben haben die Pflicht, abends 7 Uhr, zu einer Vorkonferenz unter Leitung Karl Tiedts zu erscheinen oder einen Vertreter zu entsenden.

Eisleben. Verkaufsstelle für billige Schuhware n. Die Weißenfelser Schuhgenossenschaft hat in Eisleben, bei dem Genossen Machlitt, Petristraße 1 a, eine Verkaufsstelle für Schuhwaren errichtet. Da jeder Zwischenhandel ausgeschlossen ist, wird es der Arbeiterschaft ermöglicht, ihren Schuhbedarf auf billige Weise zu decken. Der Verkauf erfolgt nur an freigewerkschaftlich Organisierte gegen Vorzeigung ihres Mitgliedsausweises. Voraussichtlich steigen am 1. Oktober die Lederpreise um ein gewaltiges. Wem es möglich ist, der sollte seinen Bedarf noch in diesen Monat decken.

Hettstedt. Der Kreistag will wieder. Der Kreistag des Mansfelder Gebirgskreises, der, am 25. August seine Tagesordnung wegen Entfernung des Bürgerblocks herbeigeführter Beschlußunfähigkeit nicht erledigen konnte, wird erneut zum 6. Oktober, vormittags 9½ Uhr, einberufen.

Schraplau. Die Stadtverordneten setzten den Voranschlag der Kämmereikasse für 1921/1922 in Einnahme und Ausgabe auf 400 800 Mk. fest. Lichtstrom soll in Zukunft 2 Mk., Kraftstrom 1,10 Mk. kosten. Betreffend die Siedlung am Wasserturm wurde beschlossen, auch für die weiteren 6 Häuser ein Darlehen aus Gemeindemitteln von je 5000 Mk. zu geben.

Burgörner-Neudorf. Seinen Verletzungen erlegen ist der am 23. August verunglückte, beim Tischlermeister Lammert hier in der Lehre gewesene Willi Glatte aus Zabenstedt. Er war aus dem letzten Abendzuge der Halle-Hettstedter Bahn herausgestürzt, wurde überfahren und erlitt schwere Verletzungen beider Beine. Vom städt. Krankenhause Hettstedt wurde er nach Halle in die Klinik gebracht, wo er jetzt verstorben ist.

DUNLOP
Gummibereifung
Die Weltmarke bürgt für Qualität!

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Richard Schnetter; für Anzeigen Fritz Krob; Verlag: Produktiv-Genossenschaft, e. G. m. b. H., für den Bezirk Halle-Merseburg, Abtlg. Verlag Klassenkampf, Druck Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019210912-12/fragment/page=0005

Leben · Wissen · Kunst

Drei Menschen.

75. Roman von Maxim Gorki.

„Das ist ein altes Harmonium," sagte Jakow. „Der Vater hat es für mich gekauft, vier Rubel hat er dafür bezahlt . . . „Lern darauf spielen," sagte er — „später kauf' ich ein neues für dreihundert Rubel, das stellen wir in der Gaststube auf, und du kannst den Gästen was vorspielen. Wenigstens einen Nutzen wird man dann von dir haben . . ." Sehr schlau, nicht wahr? Jetzt sind in allen Schenken Instrumente, nur bei uns nicht. Und es macht mir Spaß, darauf zu spielen . . ."

„Was für ein gemeiner Kerl!" sagte Ilja.

„Nein — wieso denn? Er hat doch recht: er hat wirklich von mir keinen Nutzen!"

Ilja sah finster auf den Freund und sagte bitter:

„Sag' ihm doch, er soll dich in seiner Schenke ausstellen, wenn du stirbst, und Entree dafür nehmen . . . wenigstens 'nen Fünfer die Person! . . . Da bringst du ihm auch noch Nutzen!"

Jakow lächelte verwirrt und begann von neuem zu husten, wobei er mit den Handen bald nach seiner Brust, bald nach dem Halse faßte.

Persischka erzählte drinnen in der Schenke von irgend jemandem

„Die Fasten streng er halten tat,
Aß keine Tag sich richtig satt,
Sein Bauch, der war so leer, so leer,
Doch war dafür so sauber er . . ."

„A—a—ach! . . . Was hilft's schon!" sagte der Schuster bang, und seine vielgerühmte Harmonika übertönte den Text des Liedchens mit ihren klangvollen Trillern.

„Wie steht du denn mit deinem Stiefbruder?" fragte Ilja, als Jakows Hustenanfall vorüber war.

Dieser hob sein von der Anstrengung blau angelaufenes Gesicht und antwortete:

„Er lebt nicht bei uns: seine Vorgesetzten erlauben es ihm nicht . . . Eine Schenke, sagen sie . . . In komme mit ihm aus! Er tut ein bißchen wichtig . . . spielt den jungen Herrn . . . kommt sehr oft zu seiner Mutter nach Geld . . . Er braucht überhaupt sehr viel Geld!"

Jakow dämpfte seine Stimme zum Flüstern und fuhr traurig fort:

„Erinnerst du dich noch des Buches? Du weißt doch . . . ja? Nun, siehst du, das hat er mir abgenommen . . . Es sei ein sehr seltenes Buch, sagte er, das würde mit viel Geld bezahlt — und er nahm's mir fort . . . Ich sagte zu ihm: laß mir's doch — aber nein, er hat es mir nicht gelassen!"

Ilja mußte laut auflachen über den naiven Jaschka. Dann tranken die beiden Freunde Tee. Die Tapete in dem kleinen Zimmer knisterte, und durch die Spalten in der dünnen Scheidewand fanden die Töne und Düfte ungehindert den Weg. Alles übertönend, ließ sich in der Schenke eine schrille, aufgeregte Stimme vernehmen:

„Du, Mitr Nikolaitsch — verdreh mir meine ehrlichen Worte nicht auf, so spitzbübische Manier im Mundel"

„Ich lese dir jetzt eine Geschichte, Bruder," sagte Jakow, „sie heißt: „Julia oder das Burgverließ in dem Schloß Maggini" . . . Sehr interessant . . . Und du — wie hältst du es mit dem Lesen?"

„Ich spuck' auf alle Burgverließe — wohne selber nicht hoch hier auf Erden," versetzte Lunew mürrisch.

Jakow sah ihn teilnahmvoll an und fragte:

„Ist bei dir auch irgend etwas nicht in Ordnung?"

Lunew antwortete nicht. Er dachte darüber nach, ob er Jakow von Maschas Schicksalen erzählen sollte oder nicht. Aber Jakow begann sogleich wieder in seiner sanften Weise:

„Sieh, Ilja — du sträubst und ärgerst dich immer — und 's hat doch gar keinen Zweck, nach meiner Meinung! Denn schließlich sind doch die Menschen . . . an gar nichts schuld! Es ist mal so eingerichtet . . . und nicht sie haben es so gemacht . . . denn schon vor ihnen war alles so geordnet und festgestellt . . ."

Lunew trank seinen Tee und schwieg.

„Und einem jeden wird zugemessen nach seinen Taten — das ist ganz gewiß wahr! Nimm zum Beispiel meinen Vater . . . Offen gesagt: er ist ein Menschenquäler! Aber da erscheint Fjokla Timofejewna auf dem Plan, und — schwapp mit ihm unter den Pantoffel! Und jetzt führt er ein Leben — ach, ach, ach! Sogar zu trinken hat er schon begonnen vor Gram. Und wie lange ist's her, daß sie geheiratet haben? . . . Und jeden Menschen erwartet in Zukunft für seine Schlechtigkeit solch eine Fjokla Timofejewna . . ."

Ilja ward des Zuhörens überdrüssig — er drehte ungeduldig seine Tasse auf dem Teebrett hin und her und fragte dann ganz plötzlich den Freund:

„Was erwartest du nun?"

„Ich? Wieder? fragte Jakow mit leiser Stimme, indem er seine Augen weit öffnete.

Nun, von . . . von der Zukunft — was erwartest du? wiederholte Ilja streng und barsch seine Frage.

Jakow senkte schweigend den Kopf und wurde nachdenklich.

„Nun?" sagte Ilja halblaut, während er im Herzen eine quälende Unruhe empfand und den lebhaften Wunsch hatte, die Schenke so rasch wie möglich zu verlassen.

„Was soll ich erwarten?" sprach Jakow leise, ohne ihn anzusehen. „Zu erwarten . . . hab' ich nichts mehr! Ich werde ferben . . . das ist alles. Und daß ich bald sterben werde . . . das ist sicher . . ."

Er hob den Kopf empor und fuhr mit einem stillen, zufriedenen Lächeln auf dem abgezehrten Gesichte fort:

„Ich seh' jetzt immer blaue Traumbilder . . . Alles erscheint dir blau . . . nicht nur der Himmel, sondern auch die Erde, und die Bäume, die Blumen, die Gräser — alles! Und eine solche Ruhe herrscht . . . ganz still ist es. Als ob es gar nichts gäbe, so unbeweglich ist alles . . . und alles ist blau. Du schreitest so leicht einher, irgend wohin, ohne zu ermatten — weit weg, ohne Ende . . . Und du kannst nicht begreifen: bist du oder bist du nicht? So leicht ist dir ums Herz . . . Blaue Träume — sind ein Vorzeichen des Todes!"

„Leb wohl!" sprach Lunew und erhob sich vom Stuhle.

„Wohin willst du denn? Bleib doch noch!"

„Nein — leb wohl!"

Jakow erhob sich gleichfalls.

„Nun — so geh! . . ."

Lunew drückte seine heiße Hand und starrte schweigend in das Gesicht des Freundes, ohne zu wissen, was er ihm zum Abschied sagen sollte. Und er wollte ihm doch um jeden Preis etwas sagen, es war ihm ein Bedürfnis, das er in seinem Herzen fast schmerzlich empfand.

„Wie siehst du mich denn an?" fragte Jakow lächelnd.

„Vergib mir, Bruder . . ." sprach Lunew düster und schlug die Augen nieder.

„Was soll ich dir denn vergeben?"

„Einfach so . . . vergib mir!"

„Bin ich denn ein Pope?" sprach Jakow lächelnd. „Ach so — warte! Das hätt' ich fast vergessen: wie geht's Maschutka? Nicht besonders? hat man mir gesagt . . ."

Dasselbe hab' ich auch gehört . . ."

„Das Schicksal scheint uns allen nicht gewogen . . . Auch dir, seh' ich, ist's nicht leicht ums Herz . . ."

Ein schmerzliches Lächeln umspielte bei diesen Worten seinen Mund. Der Ton seiner Stimme und seine Worte selbst erschienen so blutleer, so farblos . . . Lunew reichte ihm die offene Hand hin — und Jakows Hand sank kraftlos hinein.

„Nun, Jascha, vergiß! . . ."

„Gott wird dir vergeben! Du kommst doch bald wieder?"

Ilja ging hinaus, ohne zu antworten.

Auf der Straße fühlte er sich sogleich leichter und freier. Es war ihm klar, daß Jakow bald sterben würde, und das reizte ihn zum Zorne gegen irgend jemanden. Nicht Jakow war es, den er bedauerte — er hatte sich niemals recht vorstellen können, wie dieser schlichte, stille Bursche unter den Menschen würde leben können. Er hatte den Freund längst als einen dem Tode Geweihten betrachtet. Ihn beunruhigte vielmehr der Gedanke: warum ist dieses Menschenkind, das nie jemand etwas zuleide getan hat, so gequält worden — warum wird es so vor der Zeit aus dem Dasein getrieben? Und aus diesem Gedanken schöpfte sein Haß gegen das Leben — der jetzt schon fast die Grundlage seines Seelenlebens bildete — neue Nahrung und erstarkte in ihm.

In der Nacht konnte er keine Ruhe finden. In seinem Zimmer war es schwül, obschon das Fenster geöffnet war. Er ging aus den Hof hinaus und legte sich unter einen Rüster, dicht am Zaune nieder. Er lag auf dem Rücken und blickte zum klaren Himmel empor, und je schärfer er hinblickte, desto mehr Sterne sah er an ihm. Die Milchstraße zog sich als breites, silbernes Gewebe über den Himmel hin. Es ward ihm so wohl, so lauschig ums Herz, als er durch die Zweige des Baumes zu den flimmernden Lichtern emporblickte. Dort oben am Himmel, wo niemand ist, glänzen schimmernde Sterne, und die Erde hier unten — womit ist die geziert? Er kniff die Augen zusammen, und es schien ihm, als ob die Zweige des Baumes höher und höher emporwüchsen. Auf dem blauen, mit funkelnden Sternen besäten Samtgrund des Himmels erschienen die schwarzen Umrisse des Laubes wie Hände, die zum Himmel emporgestreckt waren und seine Wölbung zu erreichen suchten. Ilja dachte an die blauen Träume des Freundes, und vor ihm tauchte die Gestalt Jakows auf — gleichfalls ganz blau, leicht und durchsichtig, mit guten, hellen Augen, die ein Paar Sternen glichen . . . Und er sagte sich: es lebte ein Mensch, und den quälten sie zu Tode, weil er sanft und friedlich lebte . . . Jene aber, die ihn quälten, leben herrlich und in Freuden und werden noch lange leben . . .

(Fortsetzung folgt.)

Schule und Ethik.

Von Professor Dr. Friedrich Jodl.

Wir entnehmen diese ungemein wertvollen Ausführungen einem Vortrage, den der hervorragende Ethiker auf einer vom Deutschen Bunde für weltliche Schule und Moralunterricht einberufenen Konferenz (Berlin, September 1912) zu dem Thema: „Ueber sittliche Willensbildung in der Schule" gehalten hat.

Wenn die religiöse Ethik versagt, weil ihre Fundamente im modernen Leben leicht wackelig werden — versuchen wir es einmal mit der weltlichen, der rein menschlichen Ethik. Versuchen wir es, statt dem Kinde seine Pflichten als göttliche Gebote vorzustellen, sie ihm als Ratschläge, Wünsche, Lehren begreiflich zu machen, die von den Klügsten, Weisesten, Besten in Vergangenheit und Gegenwart gefunden und ausgesprochen worden sind und die den Beifall und die Zustimmung der Menschen gefunden haben, nicht nur einer Gruppe oder einer Nation, sondern aller Völker. Versuchen wir es, dem Kinde die praktischen Erfahrungen und Beobachtungen über die guten und bösen Folgen von Handlungen und Unterlassungen lebendig vorzuführen und zu Gefühlserlebnissen zu machen, auf denen jede Pflichtforderung oder jede Art der Wertschätzung von menschlichem Tun und menschlichen Eigenschaften beruht. Wecken wir auf alle Weise einen Egoismus, sein Selbstgefühl, sein Ehrgefühl; aber suchen wir ihn deutlich zu machen, daß diese seine stärksten und natürlichsten Triebe nur Befriedigung finden können, wenn das Kind sich bemüht, so zu sein, wie es die menschliche Gesellschaft wünscht, in der es lebt und von der es lebt; daß es gewisse Eigenschaften braucht, um im Leben vorwärtszukommen, um brauchbar, stark, geschätzt und geliebt zu werden; daß es andere sich abgewöhnen oder zurückdämmen muß, um nicht in schmerzliche Konflikte mit seiner Umgebung zu kommen, um sich nicht zu schädigen und sich nicht das Fortkommen im Leben schwer zu machen.

Wecken wir aber auch auf alle Weise seine sympathetischen Gefühle, sein Mitleid, seinen Wahrheitssinn, sein Rechtsgefühl. Entwickeln wir seine Fähigkeit, sich fremde Gemütszustände vorzustellen, fremdes Leid und fremde Freude lebendig nachzufühlen, seine Fähigkeit, sich an die Stelle anderer zu versetzen und die Dinge von diesem exzentrischen, dem eigenen Ich fremden Standpunkte, als unparteiischer Beurteiler zu betrachten. Machen wir dem Kinde klar, daß in diesem Zusammenhang mit der menschlichen Gemeinschaft die Wurzeln seiner Selbstbeurteilung liegen; daß alles, was nicht offenkundig getan, nicht vor allen einbekannt werden darf, ohne Mißbilligung, Tadel, Geringschätzung hervorzurufen, es scheu und unfeig macht; daß die Wahrhaftigkeit, das Leben im Lichte, eine viel bessere Schutzwehr für den einzelnen ist, als Lüge und Heimlichkeit, und daß diese alles Zusammenleben vergiften.

Es wird eine Hauptaufgabe des Moralunterrichts sein, zwei Klippen zu vermeiden: durch Massenhaftigkeit des Stoffes und oftmalige Wiederholung der Unterrichtsstunden den Ueberdruß oder wenigstens die Gleichgültigkeit der Schüler zu wecken und im Unterricht selbst trocken lehrhaft oder rein imperativisch zu wirken. Ich würde es für eine ganz unglückliche Idee halten, so vorzugehen, wie von mancher Seite empfohlen worden ist: die moralische Belehrung nicht direkt, sondern indirekt vorzubringen und überall in den Unterricht der übrigen Fächer einzuflechten. Ein solches einziges Moralisieren in der Schule würde nur dazu führen, den Schülern die Moral und alle andern Lehrgegenstände zugleich zu verleiden. Gewiß ist der ethische Standpunkt der höchste, von dem aus wir Welt und Menschen betrachten können. Aber er ist nicht der einzige, und wir müssen uns hüten, ihn überall einzumengen. Gelegentlich einmal eine Bemerkung, wo es sich natürlich und zwingend aus der Sache ergibt, die das sittliche Urteil der Schüler zu wecken geeignet ist, oder auf die Gründe einer ethischen Forderung hinweist; aber vorsichtig und nicht zu viel. Die ethische Unterrichtsstunde soll, wie die Instruktionen zum französischen Schulgesetz so trefflich sagen, auf einem ganz andern Boden stehen und nach einer ganz andern Methode erteilt werden, wie aller übrige Unterricht. Sie soll, herausgehoben aus dem Werkeltag der Schule, eine Feierstunde sein, in der das Herz zum Herzen spricht, der Blick der Kinder sich über die großen Verhältnisse des Lebens erweitert und die sittlichen Forderungen nicht als Diktate einer unbegriffenen feindseligen Autorität, sondern als selbstgefundene Wahrheiten der praktischen Vernunft erscheinen. Alle sittlichen Begriffe müssen darum durch mögliche Anknüpfung an das vom Kinde unmittelbar zu Erlebende gedibdet und durch Erzählungen, Gedichte, Zitate, Sprichwörter, geschichtliche Beispiele lebendig gemacht werden.

Eine andere Bedingung muß erfüllt werden, wenn der Moralunterricht in der Schule auf eine Weise soll erteilt werden können, die der Größe und Bedeutung der Aufgabe entspricht. Wir brauchen einen dafür **spezifisch vorgebildeten und den Schwierigkeiten der Sache, die ich nicht verkenne, gewachsenen Lehrerstand.** Das Material dafür ist in der deutschen und österreichischen Lehrerschaft reichlich vorhanden. **Die Kräfte sind da; aber sie sind gebunden, vielfach gewaltsam niedergehalten.** Der allgemeinen Einführung des Moralunterrichts muß eine entsprechende Bereicherung und Vertiefung der Lehrerbildung parallel gehen, oder besser: **vorausgehen.** Die heutige Lehrerbildung, speziell der Unterricht in einer großen Zahl von Lehrerseminarien, ist durchaus beherrscht von der Supremalie des Religiösen in der Schule; ja sie gipfelt in vielen Fällen geradezu in einem gesittenden religiösen Drill. Das muß natürlich vollständig anders werden. Fruchtbarer Moralunterricht kann nur von einem Menschen erteilt werden, der einen freien und weiten Blick für Welt und Leben gewonnen hat, der ethische, volkswirtschaftliche, geschichtliche, psychologische Kenntnisse besitzt und angeleitet worden ist, dies ganze Wissen auf die sittlichen Probleme als den einheitlichen und organisierenden Mittelpunkt zu beziehen. Hier den richtigen Punkt zu treffen, wird eine Hauptaufgabe der künftigen Lehrpädagogik bilden. Denn der Volkslehrer braucht kein Gelehrter zu sein; es wäre vom Uebel, wenn er es sein wollte oder dazu gemacht werden sollte. Aber er muß ein reiches Maß allgemeiner Bildung besitzen, das ihn befähigt, namentlich den ethischen Unterricht nach allen Seiten hin lebendig und anschaulich zu machen, Fragen und Zweifeln der Schüler zu begegnen, ethische Diskussionen zu leiten und seiner Klasse gegenüber immer interessant und immer überlegen zu bleiben.

Dazu ist selbstverständlich des weiteren erforderlich, daß auch die ökonomische Stellung des Lehrers so gestaltet werde, wie es diesen ganz neuen und wesentlich erhöhten Anforderungen an seine Leistung und seine Gesamtpersönlichkeit gemäß ist. **Wir glauben heute nicht mehr daran, daß Hunger die beste Stütze des Idealismus ist und sind überzeugt, daß ein Lehrer, dem die Not des Lebens kaum die Möglichkeit übrig läßt, sich einmal im Jahre ein gutes Buch zu kaufen, unmöglich im Geiste der modernen Schule wirken kann.**

Aber natürlich ist mit diesen Erwägungen das Problem des Moralunterrichts noch keineswegs erschöpft. Es ist unmöglich, an einer andern viel schwereren Frage vorüberzugehen. Wie sollen angesichts der großen politischen Macht der kirchlich gerichteten Parteien, und bei der dieser Macht entsprechenden Abneigung der Regierungen an der religiösen Grundlage des Schul- und Erziehungswesens etwas zu ändern, unsere Gedanken über den Moralunterricht in die Wirklichkeit umgesetzt werden. **Es ist Pflicht jedes freiheitlich Denkenden, mit aller Entschiedenheit auf die Trennung von Kirche und Schule, hinzuarbeiten, die uns vor allem not tut, um aus der gegenwärtigen Verfumpfung zu gesünderen Zuständen, zu einer größeren Ehrlichkeit, Wahrhaftigkeit und Geradheit unseres inneren Lebens zu gelangen, um den heutigen Gewissenszwang auf seine unvermeidliche Kehrseite, die entwürdigende Heuchelei, welche unser öffentliches religiöses Leben erfüllt, loszuwerden. Niemand, den es in dieser Dingen ernst ist, und der einmal den unleidlichen Druck unseres Staatskirchentums und unseres Kirchenschulwesens an sich oder seinen Kindern erfahren hat, sollte einem Bewerber um ein politisches Mandat seine Stimme geben, der sich nicht auf diesen Programmpunkt klar und ausdrücklich verpflichtet.**

Freilich, zu der inneren Erneuerung sittlichen Lebens auf Grund wissenschaftlicher Ueberzeugungen, die wir erhoffen und wünschen, können wir auch im Falle des Sieges nur dann gelangen, wenn mit dem Kampfe um die Schule eine unablässige und ernste sozialpolitische Arbeit Hand in Hand geht. Ich erinnere an die Antwort, welche ein griechischer Philosoph einem besorgten Vater gab, der zu ihm mit der Frage kam: Wie kann ich meinen Sohn zu einem guten Menschen erziehen? „Wenn Du ihn zum Bürger eines Staates mit guten Gesetzen machen wirst," lautete die Antwort. In diesem Gedanken liegt eine tiefe Weisheit und zugleich eine große Schwierigkeit. Wir können ihm das nicht minder bekannte Wort eines englischen Denkers an die Seite stellen: „Bessere Zeiten durch bessere Menschen." Wo sollen wir beginnen? Bewegen wir uns nicht in einem Kreise, aus dem es keinen Ausweg gibt? Fichte hat in dem großen Erziehungsplan für das deutsche Volk, welchen er in den „Reden an die deutsche Nation" entwickelt hat, den Gedanken vertreten, es führe aus der Verfumpfung und Schlechtigkeit der lebenden Generation kein Weg zu einer besseren Zukunft, als durch völlige Absonderung der heranwachsenden Jugend, die nach strengen Grundsätzen zu erziehen sei und von allen schädlichen Berührungen ferngehalten werden müsse. Er wollte den geschlossenen Erziehungsstaat als Ergänzung neben seinen geschlossenen Handelsstaat stellen und beide zusammen sollten dann das Ideal des vernünftigen Sozialstaates repräsentieren. Wir können solche Gedanken unter der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung nicht realisieren, und wenn wir es könnten, so wäre es fraglich, ob wir auch wirklich den Willen dazu haben dürften. Aber eine ist gewiß: die Aufgabe eines rein weltlichen Moralunterrichts, der auf dem Gedanken der sozialen Solidarität aufgebaut ist, wird durch die heutigen Staats- und Gesellschaftszustände mannigfach erschwert. Noch ist unser Leben in allzu hohem Grade auf den Kampf der Klassen und der Völker, auf das Ausbeuten und Niederhalten des Andern eingestellt; noch ist der Gedanke des notwendigen Zusammenwirkens aller Stände und Berufe zu einer nationalen Arbeitsgemeinschaft, des Zusammenwirkens aller Nationen zu einer menschlichen Kulturgemeinschaft viel zu wenig in die allgemeine Denk- und Handlungsweise eingedrungen. Noch sieht und erlebt das Kind vieles als selbstverständlich oder wenigstens geduldet, was mit den sittlichen Grundsätzen und Wertgebungen, die ihm der Moralunterricht übermitteln muß, in mehr oder minder schärfem Widerspruch steht; vieles, was nur zu sehr geeignet ist, die Motivationskraft einer rein diesseitigen, lediglich auf ein Kulturideal aufgebauten Ethik zu schwächen. „Der Staat mit guten Gesetzen, der die Kinder zu guten Menschen machen soll, ist ebenso sehr in vielen Stücken noch eine Aufgabe der Zukunft, wie das Heranwachsen der guten Menschen," von denen wir „die besseren Zeiten" erwarten sollen.

Aber sollen wir darum in trägem Quietismus den Dingen zusehen? Für mich folgt aus diesen Erwägungen nur dies, daß wir **beide Aufgaben in beständigem Nebeneinander in Angriff nehmen müssen. Was wir an politischer Arbeit leisten, um die Verhältnisse klarer, gesunder, mit einem Wort ethischer, zu machen, um Korruption und Protektion zu bekämpfen, um Ausbeutung in jeder Form zu erschweren, um dem Niedergehaltenen zu seinem Recht zu verhelfen, um das gegenseitige Verständnis der Nationen zu fördern und die oft so sinnlosen Ausbrüche nationaler Leidenschaft zu dämpfen —, das sind ebenso viele Stützen, die wir der sittlichen Lauterkeit und Tüchtigkeit des heranwachsenden Geschlechts bereiten, ebenso viele Waffen, die wir dem trefflichen Lehrer in die Hand geben, um Brutalität, antisoziale Gesinnung, Gleichgültigkeit gegen das gemeine Wohl und die höchsten Menschheitsziele in der Jugend zu bekämpfen. Und wiederum: was wir tun, um in der Jugend, wenigstens in dem empfänglichen Teil derselben, den in der Menschheit immer schlummernden Funken des Guten, den Geist der Hingebung, der Schaffenslust, der Opferfreudigkeit zu entzünden, — das ist mehr wert als einige gewonnene Wahlsiege: das ist Same der Zukunft, das sind Bausteine für eine Kultur, wie wir sie wollen und brauchen, eine Kultur, die aus dem Zusammenwirken der äußeren und der inneren Technik, aus dem Zusammenwirken unserer Naturbeherrschung und unserer praktischen Vernunft, aus der Vereinigung von Verstand und Güte erstehen kann und erstehen wird. Lassen Sie uns an diesem Werke treue Helfer sein.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019210912-12/fragment/page=0006